

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Joachim Poß, Eike Ebert, Ludwig Eich, Michael Habermann, Manfred Hampel, Dieter Heistermann, Gunter Huonker, Dr. Klaus Kübler, Detlev von Larcher, Ingrid Matthäus-Maier, Dr. Franz-Josef Mertens (Bottrop), Günter Oesinghaus, Otto Reschke, Dr. Rudolf Schöffberger, Gunter Weißgerber, Lydia Westrich, Dr. Norbert Wieczorek, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/429 —

Entwicklung der Steuerbelastung durch das Steuererhöhungspaket der Bundesregierung

Wissenschaftliche Untersuchungen aus der letzten Zeit kommen zu dem Ergebnis, daß die Steuerpolitik der Bundesregierung zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung der großen Zahl der Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen geführt hat, während die wenigen Bezieher hoher und höchster Einkommen deutlich entlastet wurden. Die Steuerpolitik der Bundesregierung hat damit erheblich zu einer Umverteilung von unten nach oben beigetragen. Insbesondere die Arbeitnehmer gehören zu den Verlierern der Steuerpolitik der Bundesregierung.

Trotz der Steuerreform 1990 war die Steuerbelastung der Arbeitnehmer in 1990 höher als zu irgendeinem Zeitpunkt während der sozialliberalen Regierungszeit. So hat das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler berechnet, daß die Gesamtbelastung eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers mit Steuern und Abgaben im Jahr 1990 41,5 v. H. betrug und damit mehr als zwei Prozentpunkte über der Belastung des Jahres 1980 von 39,3 v. H. lag (1982: 39,8 v. H.). Dies ist zum einen die Folge der in 1983 erfolgten Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Verbrauchsteuererhöhungen 1989. Zum anderen wird hieran deutlich, daß die progressionsbedingten heimlichen Steuererhöhungen bei der Lohn- und Einkommensteuer für die Bezieher mittlerer Einkommen nur unvollständig zurückgegeben wurden.

Durch die von der Bundesregierung jetzt beabsichtigten Steuererhöhungen steigt die Steuerbelastung der

Arbeitnehmer aber noch einmal sprunghaft an. Nach den Berechnungen des Bundes der Steuerzahler steigt die Gesamtbelastung in diesem Jahr (1991) noch einmal um fast zwei Prozentpunkte auf 43,2 Prozent an. Damit liegt die Gesamtbelastung sogar noch über der bisherigen Rekordmarke des Jahres 1989. Im Jahr 1991 wird damit die höchste Steuer- und Abgabenbelastung für Arbeitnehmer in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Und für die folgenden Jahre ergibt sich aufgrund der Steuererhöhungspläne der Bundesregierung sogar noch ein weiterer Anstieg: Selbst wenn man die für 1993 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer nur mit einem Prozentpunkt ansetzt (in Koalitionskreisen gibt es bereits Forderungen nach einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte), steigt die Gesamtbelastung nach den Berechnungen des Karl-Bräuer-Instituts 1993 auf 44,6 v. H. und 1994 auf 45,2 v. H.

Im krassen Gegensatz zu diesem massiven Belastungsanstieg für die weitaus überwiegende Mehrheit der Bürger in den alten und neuen Bundesländern steht die deutliche Entlastung für Bezieher hoher und höchster Einkommen. So hat das DIW berechnet, daß z. B. Personen mit einem Brutto-Einkommen von 200 000 DM trotz der aktuellen Steuererhöhungspläne per saldo durch die Steuerpolitik der Bundesregierung um rd. 8 Prozent ihres Einkommens (das sind Jahr für Jahr 16 000 DM) entlastet werden, während alle Bürger mit einem Einkommen bis zur Höhe von 45 000 DM höher belastet werden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 8. August 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Diese verteilungspolitische Schieflage ihrer Steuerpolitik hat die Bundesregierung bislang zu verheimlichen versucht.

Vorbemerkung

In der Steuerpolitik verfolgt die Bundesregierung weiterhin ein klares Reformkonzept. Es geht darum, eine gerechtere Besteuerung zu verwirklichen, Leistungsbereitschaft zu erhöhen, private Initiative zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Hierzu haben die Steuerentlastungen der Jahre 1986 bis 1990 einen wesentlichen Beitrag geleistet. Mit der für diese Legislaturperiode vorgesehenen Entlastung der Familien und der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze wird der erfolgreiche Kurs fortgesetzt. Mit dem in sich geschlossenen steuerpolitischen Gesamtkonzept wurde nicht nur das Wachstum und die Beschäftigung in Deutschland gefördert, sondern auch ein Beitrag zur Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa geleistet.

Die am Jahresanfang getroffene Entscheidung zur Verbreiterung der öffentlichen Einnahmehasis war angesichts der Kumulation internationaler und nationaler Aufgaben unvermeidbar. Durch Umschichtungen und Einsparungen von 50 Mrd. DM in den Jahren 1990 und 1991 waren alle Spielräume im Bundeshaushalt ausgeschöpft. Auch bei der Kreditfinanzierung war die Bundesregierung an die Grenze dessen gegangen, was die nationalen und internationalen Finanzmärkte ohne Zinserhöhung verkraften können.

Die notwendigen steuerpolitischen Maßnahmen durften wachstums-, umwelt- und europapolitische Ziele nicht beeinträchtigen. Zudem mußte die Finanzierung der unabweisbaren Mehraufwendungen von allen Bevölkerungsgruppen und -schichten getragen werden, um durch solidarisches Handeln der nationalen Herausforderungen gerecht werden zu können.

Die Bundesregierung hat sich daher zu einer sozial ausgewogenen Kombination aus Verbrauchsteuerer-

höhungen und Solidaritätszuschlag entschieden. Durch die Verbrauchsteuererhöhungen wird einerseits dem Verbrauchsverhalten jedes einzelnen Rechnung getragen. Andererseits berücksichtigt der Solidaritätszuschlag die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerzahler.

A. Übersicht über die beschlossenen Steueränderungen seit 1982

1. Welche Steuerrechtsänderungen wurden seit dem Oktober 1982 beschlossen, wie hoch waren jeweils die Steuermehr- bzw. Steuermindereinnahmen im Entstehungsjahr, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die sich durch diese Steuerrechtsänderungen jeweils ergebenden Steuermehr- bzw. Steuermindereinnahmen für die (Rechnungs-)Jahre 1991 und 1992?
2. Sofern eine Schätzung der finanziellen Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen für die Jahre 1991 und 1992 nicht möglich ist: Wie hoch waren die finanziellen Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen jeweils in dem jüngsten in den Gesetzgebungsmaterialien aufgeführten Rechnungsjahr?

Eine Schätzung der finanziellen Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen seit Oktober 1982 für die Jahre 1991 und 1992 ist nicht möglich. Die als Anlage beigefügte Übersicht enthält die gewünschten Angaben daher jeweils für das jüngste in den Gesetzgebungsmaterialien aufgeführte Rechnungsjahr.

3. Wie hoch sind die finanziellen Auswirkungen der in den Gesetzentwürfen der Bundesregierung zum Steueränderungsgesetz 1991 und zum Solidaritätsgesetz vorgesehenen Steueränderungen für das Entstehungsjahr (diese Angabe fehlt in der Bundesrats-Drucksache 142/91) und in den Rechnungsjahren 1991 und 1992?

Die finanziellen Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1991 und des Solidaritätsgesetzes können der nachstehenden Übersicht entnommen werden:

Finanzielle Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1991 und des Solidaritätsgesetzes (in Mio. DM)

| | Entstehungsjahr | Rechnungsjahre | |
|----------------------------|-----------------|----------------|----------|
| | | 1991 | 1992 |
| Steueränderungsgesetz 1991 | | | |
| insgesamt | + 3 667 | – 1 945 | – 233 |
| Bund | + 2 299 | – 624 | + 195 |
| Länder | + 1 525 | – 810 | + 99 |
| Gemeinden | – 157 | – 511 | – 527 |
| Solidaritätsgesetz | | | |
| insgesamt | + 26 800 | + 17 400 | + 26 650 |
| Bund | + 26 800 | + 17 400 | + 26 650 |
| Länder | – | – | – |
| Gemeinden | – | – | – |

4. Welche finanziellen Auswirkungen haben die seit dem 1. Oktober 1982 beschlossenen und die jetzt in den Gesetzentwürfen der Bundesregierung vorgesehenen Steueränderungen insgesamt für die Rechnungsjahre 1991 und 1992?

Eine Fortschreibung der finanziellen Auswirkungen der seit dem 1. Oktober 1982 beschlossenen Steuerrechtsänderungen bis zum Jahr 1992 ist wegen der großen Zahl der relevanten Einzelmaßnahmen nicht möglich. Ohnehin könnten solche hypothetischen Modellrechnungen, die Steuerrechtsänderungen aus ihrem konkreten wirtschaftlichen Zusammenhang reißen und auf spätere Zeiträume zu übertragen versuchen, letztlich nicht zu aussagekräftigen Ergebnissen führen.

B. Entwicklung der Steuerbelastung seit 1982

1. Wie hoch waren die Steuereinnahmen in den einzelnen Jahren seit 1982, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuereinnahmen für 1991 und 1992
- a) nach geltendem Recht,
- b) unter Einbeziehung der in den vorliegenden Gesetzentwürfen der Bundesregierung geplanten Steueränderungen?

Die gewünschten Angaben sind in der nachfolgenden Tabelle enthalten. Als Schätzung für 1991 und 1992 übernimmt die Bundesregierung die Ergebnisse des unabhängigen Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 1991. Die Auswirkungen des StÄndG 1991 und des Solidaritätsgesetzes sind sowohl bei den gesamtwirtschaftlichen Eckdaten als auch bei der Schätzung der Steuereinnahmen berücksichtigt worden. Da eine gesamtwirtschaftliche Projektion ohne diese Steuerrechtsänderungen und eine darauf aufbauende Steuerschätzung nicht erstellt worden sind, lassen sich vergleichende Angaben für 1991 und 1992 ohne Steuerrechtsänderungen nicht darstellen.

Die in Steueränderungsgesetzen bzw. deren Entwürfen bezifferten Mehr- oder Mindereinnahmen beziehen sich immer auf die primären steuerlichen Wirkungen, d. h. die Auswirkungen auf die von der jeweiligen Maßnahme direkt betroffenen Steuerarten. Da aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten in der Marktwirtschaft jede Änderung Folgeänderungen mit steuerlichen Wirkungen nach sich zieht, können die im einzelnen unabsehbaren Sekundärwirkungen nur global über eine nach geändertem Steuerrecht erstellte gesamtwirtschaftliche Projektion und eine darauf aufbauende neue Steuerschätzung erfaßt werden.

Die in Steueränderungsgesetzen erscheinenden Mehr- oder Mindereinnahmen sind Teilschritte für die Haushalts- und Finanzplanung zur Risikovorsorge für die finanziellen Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen; in die Einnahmeansätze der Steuern fließen dann noch die auf gesamtwirtschaftliche Änderungen gegenüber früheren Schätzungen zurückzuführenden Abweichungen, die neben den Sekundärwirkungen von Steuerrechtsänderungen alle übrigen Änderungen aufgrund geänderter gesamtwirtschaftlicher Daten

enthalten, die jedoch nicht isoliert dargestellt werden können. Methodisch gesehen ist diese Vorgehensweise die schrittweise Anpassung der Haushalts- und Finanzplanung der Vorperiode an den jeweiligen aktuellen Stand. Ein Vergleich mit einer fiktiven Situation ohne Steuerrechtsänderungen läßt sich daraus nicht ableiten.

Kassenmäßige Steuereinnahmen (Mrd. DM)

| Jahr | Gebiet A | Gebiet B | Zusammen |
|------|----------|--------------------|---------------------|
| 1982 | 378,7 | — | — |
| 1983 | 396,6 | — | — |
| 1984 | 414,7 | — | — |
| 1985 | 437,2 | — | — |
| 1986 | 452,4 | — | — |
| 1987 | 468,7 | — | — |
| 1988 | 488,1 | — | — |
| 1989 | 535,5 | — | — |
| 1990 | 549,7 | 17,4 ^{a)} | — |
| 1991 | . | . | 651,0 ^{b)} |
| 1992 | . | . | 710,9 ^{b)} |

^{a)} Nur 2. Halbjahr 1990.

^{b)} Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 1991. „Gebiet A“ ist der Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) bis zum 3. Oktober 1990. „Gebiet B“ sind die neuen Bundesländer einschl. Berlin (Ost).

2. Wie haben sich die volkswirtschaftliche Steuer- und Abgabenquote in den einzelnen Jahren seit 1982 entwickelt, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuer- und Abgabenquote für 1991 und 1992

- a) nach geltendem Recht,
- b) unter Einbeziehung der in den vorliegenden Gesetzentwürfen der Bundesregierung geplanten Steueränderungen?

Das Steueraufkommen eines Jahres ist die Summe der kassenmäßigen Ergebnisse einer größeren Zahl unterschiedlichster Steuerarten. Die Steuereinnahmen insgesamt lassen sich nicht als globale Größe unmittelbar vom nominalen Bruttosozialprodukt ableiten. Vielmehr wird das Aufkommen jeder einzelnen Steuer von der Entwicklung der jeweiligen Bemessungsgrundlage bestimmt, die ihrerseits häufig nur eine mittelbare und nicht stabile Beziehung zum laufenden nominalen BSP hat. Neben den Einflüssen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und ihrer strukturellen Veränderungen auf die speziellen Bemessungsgrundlagen der einzelnen Steuern sind auch die Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen auf die Beziehung zwischen Kassenaufkommen und Bemessungsgrundlage von erheblicher Bedeutung.

Daraus wird deutlich, daß das als volkswirtschaftliche Steuerquote bezeichnete Verhältnis der kassenmäßigen Steuereinnahmen eines Jahres zum nominalen BSP in v. H. nicht im Sinne einer strengen kausalen Beziehung, etwa als Steuerbelastung des BSP, interpre-

tiert werden kann. Es ist vielmehr ein allgemeines Maß für das Niveau der gesamten Steuereinnahmen, beispielsweise beim Längsschnittvergleich über verschiedene Zeiträume oder als Querschnittvergleich mit anderen Ländern. Mit der deutschen Vereinigung kommt es aber für den Vergleich von Zeitreihen zu einem bedeutsamen Einschnitt.

Wegen Schwierigkeiten der Erfassung der Güterströme zwischen beiden Teilen Deutschlands mußte das Statistische Bundesamt bei der Ermittlung des Bruttosozialprodukts ab 1990 verstärkt Schätzungen vornehmen.

Durch die getrennte Ermittlung des BSP für beide Teilgebiete einerseits und die weitgehend einheitliche Geltung des Steuerrechts ab dem zweiten Halbjahr

1990 andererseits – die aber aus steuertechnischen Gründen nicht zu einem regional entsprechend geteilten Steueraufkommen führt – ist die Beziehung zwischen BSP und Steueraufkommen – vereinfacht ausgedrückt in der Steuerquote – im alten Gebiet nicht mehr mit der von vorangegangenen Jahren oder früheren Schätzungen für die Zeit ab 1990 vergleichbar.

Für die Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Steuerquote ist von Bedeutung, daß der Beitrag aus dem Gebiet der neuen Bundesländer zunächst durch das niedrigere Ausgangsniveau gekennzeichnet ist, daß aber auf mittlere Sicht mit einer vergleichsweise kräftigen Steigerungstendenz zu rechnen ist. Auf der anderen Seite ist die Quote generell durch die zeitlich begrenzte Wirkung des Solidaritätszuschlags in den Jahren 1991 und 1992 nach oben verzerrt.

Volkswirtschaftliche Steuer- und Abgabenquoten (v.H.)

| Volkswirtschaftliche Steuerquote | | | | Abgabenquote | | |
|----------------------------------|----------|----------|--------------------|--------------|----------|----------|
| Jahr | Gebiet A | Gebiet B | Zusammen | Gebiet A | Gebiet B | Zusammen |
| 1982 | 23,8 | — | — | 40,4 | — | — |
| 1983 | 23,7 | — | — | 39,7 | — | — |
| 1984 | 23,5 | — | — | 39,6 | — | — |
| 1985 | 23,8 | — | — | 40,0 | — | — |
| 1986 | 23,4 | — | — | 39,6 | — | — |
| 1987 | 23,4 | — | — | 39,7 | — | — |
| 1988 | 23,2 | — | — | 39,3 | — | — |
| 1989 | 23,9 | — | — | 39,8 | — | — |
| 1990 | 22,7 | — | — | 38,4 | — | — |
| 1991 | . | . | 23,2 ^{a)} | . | . | 40,2 |
| 1992 | . | . | 23,7 ^{a)} | . | . | 40,8 |

^{a)} Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 1991.

3. Wie lauten die entsprechenden, nur auf das Gebiet der bisherigen Bundesrepublik Deutschland bezogenen Zahlenangaben zu den bevorstehenden Fragen 1 und 2?

Da die meisten Verbrauchsteuern als Produzentensteuern ausgestaltet sind, waren schon in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990 regionalisierte Angaben zum Steueraufkommen der reinen Bundessteuern ohne Aussagekraft. So kamen beispielsweise über 70 % der Tabaksteuer in Berlin (West) und über 40 % der Mineralölsteuer in Hamburg auf. Nach der deutschen Einheit werden die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern aus dem gesamten Bundesgebiet nahezu ausschließlich in Bundeskassen der alten Bundesländer verzeichnet. Somit konnte der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ bei den reinen Bundessteuern und damit auch bei den Steuereinnahmen insgesamt ab 1991 keine Trennung zwischen alten und neuen Bundesländern vornehmen.

4. Wie hoch war bzw. schätzt die Bundesregierung die kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen in den einzelnen Jahren von 1982 bis 1992?

Kassenmäßiges Aufkommen der Lohnsteuer (Mrd. DM)

| Jahr | Gebiet A | Gebiet B | Zusammen |
|--------------------|----------|-------------------|----------|
| 1982 | 123,4 | — | — |
| 1983 | 128,9 | — | — |
| 1984 | 136,3 | — | — |
| 1985 | 147,6 | — | — |
| 1986 | 152,2 | — | — |
| 1987 | 164,2 | — | — |
| 1988 | 167,5 | — | — |
| 1989 | 181,8 | — | — |
| 1990 | 177,6 | 3,5 ^{a)} | 181,1 |
| 1991 ^{b)} | 202,3 | 7,0 | 209,3 |
| 1992 ^{b)} | 225,4 | 13,5 | 238,9 |

^{a)} Nur 2. Halbjahr 1990.

^{b)} Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 1991.

5. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Einnahmen aus der vorgesehenen Ergänzungsabgabe, die auf die Lohnsteuer erhoben werden soll, für die Jahre 1991 und 1992?

Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer werden für 1991 und 1992 auf jeweils 7,5 Mrd. DM geschätzt.

6. Wie hoch ist bzw. schätzt die Bundesregierung die Bruttolohn- und -gehaltssumme, und wie hoch ist bzw. schätzt die Bundesregierung den Anteil der Lohnsteuereinnahmen an der Bruttolohn- und -gehaltssumme für die Jahre 1982 bis 1992
- a) nach geltendem Recht,

- b) unter Einbeziehung der auf die Lohnsteuer ab 1991 vorgesehenen Ergänzungsabgabe?

7. Um den Einwendungen gegen die Aussagekraft der Lohnsteuerquote wegen der veranlagungstechnischen Überschneidungen zwischen Lohn- und Einkommensteuer zuvorkommen: Wie hoch waren bzw. schätzt die Bundesregierung die Erstattungen gemäß § 46 EStG in den einzelnen Jahren seit 1982, und wie hoch ist der Anteil der Lohnsteuer an der Bruttolohn- und -gehaltssumme laut Frage 6, wenn die Lohnsteuereinnahmen jeweils um die gesamten, im Folgejahr erfolgten Erstattungen nach § 46 EStG gekürzt werden?

Die Angaben zur Bruttolohn- und -gehaltssumme und zu den Erstattungen nach § 46 EStG können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

– Mrd. DM –

| | Bruttolohn- u. -gehaltssumme einschl. Beamtenpensionen | | Erstattungen gemäß § 46 EStG | |
|--------------------|---|--------------------|---------------------------------|----------|
| | Gebiet A | Gebiet B | Zusammen | Gebiet A |
| 1982 | 802,1 | – | – | 11,9 |
| 1983 | 815,8 | – | – | 12,9 |
| 1984 | 841,4 | – | – | 14,2 |
| 1985 | 873,3 | – | – | 15,3 |
| 1986 | 917,7 | – | – | 16,8 |
| 1987 | 955,4 | – | – | 17,7 |
| 1988 | 992,6 | – | – | 19,3 |
| 1989 | 1 038,4 | – | – | 18,9 |
| 1990 | 1 117,7 | 63,8 ^{a)} | 1 181,5 | 21,2 |
| 1991 ^{b)} | 1 206,2 | 128,0 | 1 334,2 | 19,0 |
| 1992 ^{b)} | 1 282,5 | 153,0 | 1 435,5 | 21,1 |

^{a)} Nur 2. Halbjahr 1990.

^{b)} Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ vom Mai 1991.

Die Aussagekraft der sogenannten „Lohnsteuerquote“ wird auch durch Berücksichtigung der „Erstattungen gemäß § 46 EStG“ nicht besser.

Die Verwendung der sogenannten „Lohnsteuerquote“ entspricht dem Versuch, etwas zu messen, das es gar nicht gibt; das deutsche Einkommensteuerrecht ist auf die Besteuerung des Gesamteinkommens von Personen und nicht auf die Besteuerung von Einkommen aus bestimmten Funktionen ausgerichtet.

Als sogenannte „Lohnsteuerquote“ wird das Verhältnis von kassenmäßiger Lohnsteuer zur Bruttolohn- und -gehaltssumme einschließlich Beamtenpensionen bezeichnet. Aus zweierlei Gründen kann diese Quote nichts über die „Steuerbelastung der Arbeitnehmer“ aussagen.

Erstens ist die Bruttolohn- und -gehaltssumme nicht der richtige Referenzmaßstab für die Einkommen der „Arbeitnehmer“, weil Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerhaushalte in erheblichem Umfang auch Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezie-

hen. Zweitens ist das kassenmäßige Aufkommen der Lohnsteuer nicht der „Steuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter“ gleichzusetzen. Hier spielen die genannten „Erstattungen nach § 46 EStG“ zwar eine bedeutsame Rolle, ihr Abzug vom kassenmäßigen Aufkommen der Lohnsteuer kann die grundsätzliche Problematik aber nicht auflösen. Wegen Überschreitung der Veranlagungsgrenzen oder weil Einkünfte aus anderen Einkunftsarten neben der unselbständigen Tätigkeit zu versteuern sind, erfolgt auch für „Arbeitnehmer“ eine Veranlagung zu Einkommensteuer. Erstattungen oder Nachzahlungen werden in diesen Fällen beim Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer gebucht.

Sobald ein Steuerpflichtiger Einkünfte aus mehreren Einkunftsarten bezieht, lassen sich bedeutende Elemente der deutschen Einkommensbesteuerung nicht auf die Einkunftsarten aufteilen; so läßt sich z. B. der Grundfreibetrag im Steuertarif nicht bestimmten Einkunftsarten, sondern immer nur einem Steuerpflichtigen und seinem gesamten zu versteuernden Einkom-

men zurechnen. Der Verlustausgleich in und zwischen den Einkunftsarten und der Abzug von einkunftsunabhängigen Beträgen (Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen) lassen eine nachträgliche Rückrechnung der Steueranteile mehrerer Einkunftsarten in der Veranlagung auch des Einzelfalles nicht zu. Daher ist eine nachträgliche statistische Bereinigung der kassenmäßigen Aufkommen von veranlagter Einkommensteuer und Lohnsteuer um zuviel gezahlte Lohnsteuer von veranlagten Arbeitnehmern nicht möglich. Schließlich ist auch die kassenmäßige Lohnsteuer bei der Eintragung von Freibeträgen in Verbindung mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung aufgrund von Verlusten einer anderen, nicht dem Lohnsteuerabzug unterliegenden Einkunftsart ebenso

gekürzt, wie durch persönliche Freibeträge, die keiner bestimmten Einkunftsart, insbesondere auch nicht den Einkünften aus unselbständiger Arbeit zuzurechnen sind.

8. Wie hoch ist bzw. schätzt die Bundesregierung den Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme sowie den Anteil des Nettoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Nettovolkseinkommen für die einzelnen Jahre seit 1982?

Die gewünschten Angaben sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

| | Nettolohn- und -gehaltssumme ¹⁾ | Einkommen aus Unter- nehmertätigkeit und Vermögen nach der Besteuerung ¹⁾ | Nettovolkseinkommen ²⁾ | Anteil Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen/Nettovolkseinkommen ²⁾ |
|--------------------|---|---|-----------------------------------|---|
| | – Mrd. DM – | | – v.H. – | |
| 1982 | 539,98 | 217,14 | 757,12 | 28,7 |
| 1983 | 544,58 | 259,12 | 803,70 | 32,2 |
| 1984 | 556,40 | 287,81 | 844,21 | 34,1 |
| 1985 | 570,97 | 302,91 | 873,88 | 34,7 |
| 1986 | 602,40 | 338,66 | 941,06 | 36,0 |
| 1987 | 621,12 | 349,32 | 970,44 | 36,0 |
| 1988 | 647,57 | 384,77 | 1 032,34 | 37,3 |
| 1989 | 671,78 | 417,71 | 1 089,49 | 38,3 |
| 1990 | 743,77 | 467,78 | 1 211,55 | 38,6 |
| 1991 ³⁾ | 778,7 | 463,6 | 1 242,3 | 37,3 |
| 1992 ³⁾ | 821,5 | 480,8 | 1 302,3 | 36,9 |

¹⁾ 1982 bis 1990 Quelle: Statistisches Bundesamt; Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; Stand: März 1991.

²⁾ Eigene Berechnung.

³⁾ Schätzung.

Die beiden Aggregate Nettolohn- und -gehaltssumme und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bilden nicht die Aufteilung des Volkseinkommens auf soziale Klassen ab, weil sich die Unterscheidungen lediglich an der rechtlichen Qualität der Einkunftsquelle orientieren. Arbeitnehmerhaushalten können ebenso Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zufließen (z. B. als Einkommen aus Wohnungsvermietung oder Zinseinkünfte).

C. Entwicklung der Steuerbelastung der einzelnen Arbeitnehmer seit 1982

- Wie hoch war bzw. schätzt die Bundesregierung für die einzelnen Jahre von 1982 bis 1992 die Belastung eines Arbeitnehmers mit statistischem Durchschnittsverdienst (ledig – Steuerklasse I/0 – bzw. verheiratet – Steuerklasse III/0 –)
 - mit Lohnsteuer,
 - mit Ergänzungsabgabe,

c) mit Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung (bitte jeweils Beträge in DM und Gesamtbelastung in v. H. des Bruttoverdienstes angeben)?

- Wie lauten die entsprechenden Angaben laut Frage 1 für Arbeitnehmer, deren Bruttoverdienst
 - zwei Drittel des statistischen Durchschnittsverdienstes,
 - das Doppelte des statistischen Durchschnittsverdienstes,
 - das Vierfache des statistischen Durchschnittsverdienstes
 beträgt?

Die gewünschten Angaben können den nachfolgenden Zusammenstellungen entnommen werden. Zur Vervollständigung der Darstellung wurde zusätzlich die Entwicklung der Abgabenbelastung eines Steuerpflichtigen mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2) in die Übersichten aufgenommen.

Abgabenbelastung der Arbeitnehmer mit statistischem Durchschnittsverdienst

| Jahr | Jahres- bruttolohn DM | Lohn-/Ein- kommensteuer DM | Solidaritäts- zuschlag DM | Sozialabgaben DM | Gesamtbelastung DM v. H. | |
|--------------------|-----------------------------|----------------------------------|---------------------------------|---------------------|-----------------------------|------|
| Steuerklasse I/0 | | | | | | |
| 1982 | 32 338 | 5 454 | 0 | 5 498 | 10 952 | 33,9 |
| 1983 | 33 376 | 5 830 | 0 | 5 768 | 11 598 | 34,7 |
| 1984 | 34 385 | 6 181 | 0 | 5 932 | 12 113 | 35,2 |
| 1985 | 35 391 | 6 523 | 0 | 6 197 | 12 720 | 35,9 |
| 1986 | 36 664 | 6 793 | 0 | 6 490 | 13 283 | 36,2 |
| 1987 | 37 812 | 7 196 | 0 | 6 731 | 13 927 | 36,8 |
| 1988 | 38 945 | 7 183 | 0 | 6 991 | 14 174 | 36,4 |
| 1989 | 40 118 | 7 575 | 0 | 7 202 | 14 777 | 36,8 |
| 1990 | 42 003 | 7 049 | 0 | 7 477 | 14 526 | 34,6 |
| 1991 | 44 544 | 7 759 | 291 | 8 183 | 16 233 | 36,4 |
| 1992 | 47 053 | 8 489 | 318 | 8 611 | 17 418 | 37,0 |
| Steuerklasse III/0 | | | | | | |
| 1982 | 32 338 | 3 350 | 0 | 5 498 | 8 848 | 27,4 |
| 1983 | 33 376 | 3 516 | 0 | 5 768 | 9 284 | 27,8 |
| 1984 | 34 385 | 3 684 | 0 | 5 932 | 9 616 | 28,0 |
| 1985 | 35 391 | 3 850 | 0 | 6 197 | 10 047 | 28,4 |
| 1986 | 36 664 | 3 944 | 0 | 6 490 | 10 434 | 28,5 |
| 1987 | 37 812 | 4 180 | 0 | 6 731 | 10 911 | 28,9 |
| 1988 | 38 945 | 4 324 | 0 | 6 991 | 11 315 | 29,1 |
| 1989 | 40 118 | 4 562 | 0 | 7 202 | 11 764 | 29,5 |
| 1990 | 42 003 | 4 036 | 0 | 7 477 | 11 513 | 27,4 |
| 1991 | 44 544 | 4 524 | 170 | 8 183 | 12 877 | 28,9 |
| 1992 | 47 053 | 5 066 | 190 | 8 611 | 13 867 | 29,5 |
| Steuerklasse III/2 | | | | | | |
| 1982 | 32 338 | 3 090 | 0 | 5 498 | 8 588 | 26,6 |
| 1983 | 33 376 | 3 326 | 0 | 5 768 | 9 094 | 27,2 |
| 1984 | 34 385 | 3 494 | 0 | 5 932 | 9 426 | 27,4 |
| 1985 | 35 391 | 3 660 | 0 | 6 197 | 9 857 | 27,9 |
| 1986 | 36 664 | 2 850 | 0 | 6 490 | 9 340 | 25,5 |
| 1987 | 37 812 | 3 088 | 0 | 6 731 | 9 819 | 26,0 |
| 1988 | 38 945 | 3 232 | 0 | 6 991 | 10 223 | 26,2 |
| 1989 | 40 118 | 3 468 | 0 | 7 202 | 10 670 | 26,6 |
| 1990 | 42 003 | 2 774 | 0 | 7 477 | 10 251 | 24,4 |
| 1991 | 44 544 | 3 240 | 122 | 8 183 | 11 545 | 25,9 |
| 1992 | 47 053 | 3 308 | 124 | 8 611 | 12 043 | 25,6 |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen

Abgabenbelastung der Arbeitnehmer mit zwei Dritteln des statistischen Durchschnittsverdienstes

| Jahr | Jahres- bruttolohn DM | Lohn-/Ein- kommensteuer DM | Solidaritäts- zuschlag DM | Sozialabgaben DM | Gesamtbelastung | |
|--------------------|-----------------------------|----------------------------------|---------------------------------|---------------------|-----------------|-------|
| | | | | | DM | v. H. |
| Steuerklasse I/0 | | | | | | |
| 1982 | 21 558 | 2 542 | 0 | 3 665 | 6 207 | 28,8 |
| 1983 | 22 250 | 2 685 | 0 | 3 845 | 6 530 | 29,3 |
| 1984 | 22 923 | 2 282 | 0 | 3 955 | 6 237 | 27,2 |
| 1985 | 23 594 | 2 958 | 0 | 4 132 | 7 090 | 30,1 |
| 1986 | 24 442 | 3 066 | 0 | 4 327 | 7 393 | 30,2 |
| 1987 | 25 208 | 3 227 | 0 | 4 488 | 7 715 | 30,6 |
| 1988 | 25 963 | 3 353 | 0 | 4 661 | 8 014 | 30,9 |
| 1989 | 26 745 | 3 559 | 0 | 4 801 | 8 360 | 31,3 |
| 1990 | 28 002 | 3 338 | 0 | 4 985 | 8 323 | 29,7 |
| 1991 | 29 696 | 3 781 | 142 | 5 456 | 9 379 | 31,6 |
| 1992 | 31 386 | 4 235 | 159 | 5 741 | 10 135 | 32,3 |
| Steuerklasse III/0 | | | | | | |
| 1982 | 21 558 | 1 450 | 0 | 3 665 | 5 115 | 23,7 |
| 1983 | 22 250 | 1 568 | 0 | 3 845 | 5 413 | 24,3 |
| 1984 | 22 923 | 1 688 | 0 | 3 955 | 5 643 | 24,6 |
| 1985 | 23 594 | 1 782 | 0 | 4 132 | 5 914 | 25,1 |
| 1986 | 24 442 | 1 780 | 0 | 4 327 | 6 107 | 25,0 |
| 1987 | 25 208 | 1 900 | 0 | 4 488 | 6 388 | 25,3 |
| 1988 | 25 963 | 1 924 | 0 | 4 661 | 6 585 | 25,4 |
| 1989 | 26 745 | 2 068 | 0 | 4 801 | 6 869 | 25,7 |
| 1990 | 28 002 | 1 650 | 0 | 4 985 | 6 635 | 23,7 |
| 1991 | 29 696 | 1 884 | 71 | 5 456 | 7 411 | 25,0 |
| 1992 | 31 368 | 2 162 | 81 | 5 741 | 7 984 | 25,5 |
| Steuerklasse III/2 | | | | | | |
| 1982 | 21 558 | 1 188 | 0 | 3 665 | 4 853 | 22,5 |
| 1983 | 22 250 | 1 378 | 0 | 3 845 | 5 223 | 23,5 |
| 1984 | 22 923 | 1 498 | 0 | 3 955 | 5 453 | 23,8 |
| 1985 | 23 594 | 1 592 | 0 | 4 132 | 5 724 | 24,3 |
| 1986 | 24 442 | 688 | 0 | 4 327 | 5 015 | 20,5 |
| 1987 | 25 208 | 806 | 0 | 4 488 | 5 294 | 21,0 |
| 1988 | 25 963 | 832 | 0 | 4 661 | 5 493 | 21,2 |
| 1989 | 26 745 | 974 | 0 | 4 801 | 5 775 | 21,6 |
| 1990 | 28 002 | 492 | 0 | 4 985 | 5 477 | 19,6 |
| 1991 | 29 696 | 718 | 27 | 5 456 | 6 201 | 20,9 |
| 1992 | 31 368 | 574 | 22 | 5 741 | 6 337 | 20,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen

Abgabenbelastung der Arbeitnehmer mit dem Doppelten des statistischen Durchschnittsverdienstes

| Jahr | Jahres- bruttolohn DM | Lohn-/Ein- kommensteuer DM | Solidaritäts- zuschlag DM | Sozialabgaben DM | Gesamtbelastung | |
|--------------------|-----------------------------|----------------------------------|---------------------------------|---------------------|-----------------|-------|
| | | | | | DM | v. H. |
| Steuerklasse I/0 | | | | | | |
| 1982 | 64 674 | 19 634 | 0 | 8 742 | 28 376 | 43,9 |
| 1983 | 66 752 | 20 669 | 0 | 9 483 | 30 152 | 45,2 |
| 1984 | 68 770 | 21 712 | 0 | 9 875 | 31 587 | 45,9 |
| 1985 | 70 782 | 22 733 | 0 | 10 391 | 33 124 | 46,8 |
| 1986 | 73 328 | 23 210 | 0 | 10 870 | 34 080 | 46,5 |
| 1987 | 75 642 | 24 386 | 0 | 11 098 | 35 484 | 46,9 |
| 1988 | 77 890 | 23 318 | 0 | 11 763 | 35 081 | 45,0 |
| 1989 | 80 236 | 24 456 | 0 | 11 960 | 36 416 | 45,4 |
| 1990 | 84 006 | 21 319 | 0 | 12 267 | 33 586 | 40,0 |
| 1991 | 89 088 | 23 406 | 878 | 13 101 | 37 385 | 42,0 |
| 1992 | 94 106 | 25 548 | 958 | 13 648 | 40 154 | 42,7 |
| Steuerklasse III/0 | | | | | | |
| 1982 | 64 674 | 11 228 | 0 | 8 742 | 19 970 | 30,9 |
| 1983 | 66 752 | 12 028 | 0 | 9 483 | 21 511 | 32,2 |
| 1984 | 68 770 | 12 854 | 0 | 9 875 | 22 729 | 33,1 |
| 1985 | 70 782 | 13 668 | 0 | 10 391 | 24 059 | 34,0 |
| 1986 | 73 328 | 14 160 | 0 | 10 870 | 25 030 | 34,1 |
| 1987 | 75 642 | 15 020 | 0 | 11 098 | 26 118 | 34,5 |
| 1988 | 77 890 | 14 900 | 0 | 11 763 | 26 663 | 34,2 |
| 1989 | 80 236 | 15 694 | 0 | 11 960 | 27 654 | 34,5 |
| 1990 | 84 006 | 14 668 | 0 | 12 267 | 26 935 | 32,1 |
| 1991 | 89 088 | 16 104 | 604 | 13 101 | 29 809 | 33,5 |
| 1992 | 94 106 | 17 546 | 658 | 13 648 | 31 852 | 33,8 |
| Steuerklasse III/2 | | | | | | |
| 1982 | 64 674 | 10 560 | 0 | 8 742 | 19 302 | 29,8 |
| 1983 | 66 752 | 11 264 | 0 | 9 483 | 20 747 | 31,1 |
| 1984 | 68 770 | 11 916 | 0 | 9 875 | 21 791 | 31,7 |
| 1985 | 70 782 | 12 702 | 0 | 10 391 | 23 093 | 32,6 |
| 1986 | 73 328 | 12 432 | 0 | 10 870 | 23 302 | 31,8 |
| 1987 | 75 642 | 13 246 | 0 | 11 098 | 24 344 | 32,2 |
| 1988 | 77 890 | 13 290 | 0 | 11 763 | 25 053 | 32,2 |
| 1989 | 80 236 | 14 050 | 0 | 11 960 | 26 010 | 32,4 |
| 1990 | 84 006 | 13 008 | 0 | 12 267 | 25 275 | 30,1 |
| 1991 | 89 088 | 14 398 | 540 | 13 101 | 28 039 | 31,5 |
| 1992 | 94 106 | 15 182 | 569 | 13 648 | 29 399 | 31,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen

Abgabenbelastung der Arbeitnehmer mit dem Vierfachen des statistischen Durchschnittsverdienstes

| Jahr | Jahresbruttolohn DM | Lohn-/Einkommensteuer DM | Solidaritätszuschlag DM | Sozialabgaben DM | Gesamtbelastung DM | v. H. |
|--------------------|------------------------|-----------------------------|----------------------------|---------------------|-----------------------|-------|
| Steuerklasse I/0 | | | | | | |
| 1982 | 129 352 | 54 536 | 0 | 8 742 | 63 278 | 48,9 |
| 1983 | 133 504 | 56 862 | 0 | 9 483 | 66 345 | 49,7 |
| 1984 | 137 540 | 59 130 | 0 | 9 875 | 69 005 | 50,2 |
| 1985 | 141 564 | 61 398 | 0 | 10 391 | 71 789 | 50,7 |
| 1986 | 146 656 | 62 644 | 0 | 10 870 | 73 514 | 50,1 |
| 1987 | 151 248 | 65 215 | 0 | 11 098 | 76 313 | 50,5 |
| 1988 | 155 780 | 64 627 | 0 | 11 763 | 76 390 | 49,0 |
| 1989 | 160 472 | 67 258 | 0 | 11 960 | 79 218 | 49,4 |
| 1990 | 168 012 | 63 218 | 0 | 12 267 | 75 485 | 44,9 |
| 1991 | 178 176 | 68 598 | 2 572 | 13 101 | 84 271 | 47,3 |
| 1992 | 188 212 | 73 922 | 2 772 | 13 648 | 90 342 | 48,0 |
| Steuerklasse III/0 | | | | | | |
| 1982 | 129 352 | 39 594 | 0 | 8 742 | 48 336 | 37,4 |
| 1983 | 133 504 | 41 886 | 0 | 9 483 | 51 369 | 38,5 |
| 1984 | 137 540 | 44 140 | 0 | 9 875 | 54 015 | 39,3 |
| 1985 | 141 564 | 46 298 | 0 | 10 391 | 56 689 | 40,0 |
| 1986 | 146 656 | 47 238 | 0 | 10 870 | 58 108 | 39,6 |
| 1987 | 151 248 | 49 594 | 0 | 11 098 | 60 692 | 40,1 |
| 1988 | 155 780 | 47 462 | 0 | 11 763 | 59 225 | 38,0 |
| 1989 | 160 472 | 49 694 | 0 | 11 960 | 61 654 | 38,4 |
| 1990 | 168 012 | 43 470 | 0 | 12 267 | 55 737 | 33,2 |
| 1991 | 178 176 | 47 676 | 1 788 | 13 101 | 62 565 | 35,1 |
| 1992 | 188 212 | 51 990 | 1 950 | 13 648 | 67 588 | 35,9 |
| Steuerklasse III/2 | | | | | | |
| 1982 | 129 352 | 38 132 | 0 | 8 742 | 46 874 | 36,2 |
| 1983 | 133 504 | 40 574 | 0 | 9 483 | 50 057 | 37,5 |
| 1984 | 137 540 | 42 764 | 0 | 9 875 | 52 639 | 38,3 |
| 1985 | 141 564 | 44 912 | 0 | 10 391 | 55 303 | 39,1 |
| 1986 | 146 656 | 44 734 | 0 | 10 870 | 55 604 | 37,9 |
| 1987 | 151 248 | 47 074 | 0 | 11 098 | 58 172 | 38,5 |
| 1988 | 155 780 | 45 096 | 0 | 11 763 | 56 859 | 36,5 |
| 1989 | 160 472 | 47 306 | 0 | 11 960 | 59 266 | 36,9 |
| 1990 | 168 012 | 41 038 | 0 | 12 267 | 53 305 | 31,7 |
| 1991 | 178 176 | 45 150 | 1 693 | 13 101 | 59 944 | 33,6 |
| 1992 | 188 212 | 48 452 | 1 817 | 13 648 | 63 917 | 34,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen

3. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Belastung der in den Fragen 1 und 2 angesprochenen Personen mit Umsatzsteuer, Mineralölsteuer und den sonstigen indirekten Steuern in den einzelnen Jahren von 1982 bis 1992?

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes liegen Angaben über den Verbrauch bezogen auf die in den Fragen C.1 und C.2 genannten Steuerpflichtigen nicht vor. Es werden aber im Rahmen der „Laufenden Wirtschaftsrechnungen“ aktuelle statistische Angaben über das Verbrauchsverhalten bestimmter Haushaltstypen ermittelt. Bezüglich der Konsumausgaben von Arbeitnehmerhaushalten liegen Daten für 4-Personen-

Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen und 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen vor.

Die durchschnittliche Belastung dieser beiden Haushaltstypen mit Umsatzsteuer, Mineralölsteuer und sonstigen indirekten Steuern in Abhängigkeit von den nachgewiesenen Verbrauchsmengen ist für die Jahre 1982 bis 1990 den nachstehenden Übersichten zu entnehmen.

Da ab 1986 eine neue Erhebungssystematik eingeführt wurde, sind Vergleiche zwischen den Jahren 1982 bis 1985 und den Jahren 1986 bis 1990 nur bedingt mög-

lich. Ausgaben für Leuchtmittel und Salz werden nur in Sammelpositionen nachgewiesen, so daß keine Aussagen über die Belastung durch Leuchtmittel- und Salzsteuer möglich sind.

Über die Belastung mit Zuckersteuer können ebenfalls keine Aussagen getroffen werden, weil die Steuer bei den Zuckerproduzenten erhoben wird und der Zucker als Bestandteil einer Vielzahl von Produkten Verwendung findet.

Zu beachten ist ferner, daß in die Durchschnittsberechnung für den Verbrauch auch diejenigen Haushalte

einbezogen wurden, die das entsprechende Gut nicht konsumieren.

Zuverlässige Schätzungen für die Jahre 1991 und 1992 sind nicht möglich.

Aus methodischen Gründen wurde eine vollständige Überwälzung der indirekten Steuern auf den Endverbraucher unterstellt. Dies dürfte jedoch nicht immer der Fall sein, wie z.B. die Benzinpreisentwicklung nach der Anhebung der Mineralölsteuer zum 1. Juli 1991 zeigt. Die in den nachstehenden Übersichten ausgewiesenen Steuerbelastungen stellen somit Obergrenzen dar.

Monatliche Belastung eines 4-Personen-Haushalts von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen durch Umsatzsteuer, Mineralölsteuer und sonstige indirekte Steuern in den Jahren 1982 bis 1990 bei durchschnittlichem Verbrauch

| | Steuerbelastung in DM/Monat | | | | | | | | |
|---|-----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 |
| Umsatzsteuer ¹⁾ | 213,40 | 231,78 | 235,48 | 232,84 | 246,81 | 261,62 | 278,68 | 287,00 | 295,00 |
| Mineralölsteuer | | | | | | | | | |
| – auf Heizöl ²⁾ | 0,75 | 0,66 | 0,67 | 0,76 | 0,84 | 0,86 | 0,88 | 2,20 | 2,46 |
| – auf Benzin ³⁾ | 38,66 | 41,51 | 42,13 | 43,89 | 43,04 | 42,77 | 47,44 | 55,97 | 57,14 |
| – auf Dieselmotorkraftstoff ⁴⁾ | – | – | – | – | 4,61 | 5,28 | 5,50 | 6,25 | 6,88 |
| – auf Erdgas ⁵⁾ | – | – | – | – | – | – | – | 1,25 | 0,94 |
| Tabaksteuer ⁶⁾ | 13,05 | 14,72 | 17,83 | 17,25 | 13,69 | 13,46 | 13,69 | 16,12 | 16,38 |
| Biersteuer ⁷⁾ | 2,49 | 2,45 | 2,28 | 2,32 | 2,41 | 2,29 | 2,16 | 2,16 | 2,31 |
| Branntweinsteuer ⁸⁾ | – | – | – | – | 6,43 | 5,51 | 5,51 | 4,59 | 4,59 |
| Schaumweinsteuer ⁹⁾ | 1,25 | 1,33 | 1,33 | 1,33 | 1,33 | 1,33 | 1,60 | 1,60 | 1,33 |
| Kaffeesteuer ¹⁰⁾ | 4,41 | 4,44 | 4,50 | 4,78 | 4,67 | 4,78 | 4,80 | 4,94 | 4,79 |
| Teesteuer ¹¹⁾ | 0,20 | 0,19 | 0,17 | 0,18 | 0,20 | 0,19 | 0,18 | 0,16 | 0,14 |
| nachrichtlich | | | | | | | | | |
| Lohnsteuer ¹²⁾ | 362,30 | 362,30 | 376,10 | 402,00 | 350,30 | 376,10 | 392,00 | 413,80 | 332,50 |
| Sozialabgaben ¹³⁾ | 510,00 | 531,46 | 543,38 | 573,40 | 601,80 | 627,45 | 655,18 | 673,13 | 703,10 |

¹⁾ Steuersätze entsprechend den Anteilen von nicht belasteten Gütern und Gütern mit vollem und ermäßigtem Steuersatz am Gesamtkonsum.

²⁾ Steuersätze: 1982 bis 1988: 2 DM/100 kg
1989 bis 1990: 6,85 DM/100 kg.

³⁾ In den Jahren 1982 bis 1985 einschl. Verbrauch von Dieselmotorkraftstoff.

Steuersätze: 1982 bis 1984: 51 Pf/l (Benzin)
1985: 52,5 Pf/l (Mischsatz;
verbleites Benzin)
1986 bis 1988: 53 Pf/l (verbleites Benzin)
1989 bis 1990: 65 Pf/l (verbleites Benzin).

⁴⁾ In den Jahren 1982 bis 1985 wurde der Verbrauch von Dieselmotorkraftstoff nicht getrennt erfaßt.

Steuersätze: 1986 bis 1990: 53,25 DM/100 kg.

⁵⁾ Steuersatz: 1989 bis 1990: 2,60 DM/MWh.

⁶⁾ Tabaksteuerbelastung je Zigarette (geschätzte Jahresdurchschnittswerte):

| | |
|---------------|-------------------|
| 1982 | 10,7 Pf/Zigarette |
| 1983 bis 1988 | 11,5 Pf/Zigarette |
| 1989 | 12,4 Pf/Zigarette |
| 1990 | 13 Pf/Zigarette. |

⁷⁾ Die Biersteuersätze unterscheiden sich für verschiedene Biersorten und sind zudem nach dem Ausstoß der Brauerei gestaffelt. Für die Berechnungen wird für die Jahre 1982 bis 1990 ein Biersteuersatz von 14,50 DM/hl angesetzt.

⁸⁾ In den Jahren 1982 bis 1985 wurden keine Verbrauchsabgaben erhoben.

Steuersatz: 1986 bis 1990: 2 550 DM/hl
Annahme: Weinbrand mit 36 % vol.

⁹⁾ Steuersätze: 1982: 2,50 DM/l (Mischsatz)
1983 bis 1990: 2,66 DM/l.

¹⁰⁾ Steuersatz: 1982 bis 1990: 4,30 DM/kg
Annahme: gerösteter, nicht entkoffeinierter Kaffee.

¹¹⁾ Steuersatz: 4,15 DM/kg.

¹²⁾ Steuerklasse III/2; Bruttomonatslohn in Höhe der Klassenmittels für die jeweiligen Jahre.

¹³⁾ Zu den unterstellten Bruttolöhnen vgl. Fußnote 12.

*Monatliche Belastung eines 4-Personen-Haushalts von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen
durch Umsatzsteuer, Mineralölsteuer und sonstige indirekte Steuern in den Jahren 1982 bis 1990
bei durchschnittlichem Verbrauch*

| | Steuerbelastung in DM/Monat | | | | | | | | |
|---|-----------------------------|--------|----------|----------|--------|--------|----------|----------|----------|
| | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 |
| Umsatzsteuer ¹⁾ | 318,41 | 350,58 | 359,39 | 363,43 | 374,33 | 385,56 | 402,16 | 410,00 | 418,00 |
| Mineralölsteuer | | | | | | | | | |
| – auf Heizöl ²⁾ | 1,20 | 1,05 | 1,39 | 1,35 | 1,52 | 1,28 | 1,18 | 2,90 | 3,63 |
| – auf Benzin ³⁾ | 60,95 | 62,17 | 62,42 | 61,01 | 58,46 | 57,77 | 59,57 | 70,98 | 71,76 |
| – auf Dieselmotorkraftstoff ⁴⁾ | – | – | – | – | 6,30 | 6,96 | 9,18 | 9,98 | 10,73 |
| – auf Erdgas ⁵⁾ | – | – | – | – | – | – | – | 1,98 | 1,96 |
| Tabaksteuer ⁶⁾ | 9,20 | 9,66 | 11,04 | 11,73 | 11,27 | 9,78 | 10,01 | 9,42 | 9,49 |
| Biersteuer ⁷⁾ | 1,97 | 2,00 | 1,99 | 2,07 | 2,19 | 2,23 | 2,20 | 2,26 | 2,28 |
| Branntweinsteuer ⁸⁾ | – | – | – | – | 7,34 | 6,43 | 6,43 | 5,51 | 5,51 |
| Schaumweinsteuer ⁹⁾ | 2,00 | 2,13 | 1,86 | 2,13 | 2,13 | 2,13 | 2,39 | 2,39 | 2,39 |
| Kaffeesteuer ¹⁰⁾ | 4,76 | 4,82 | 4,70 | 5,02 | 4,90 | 5,10 | 5,10 | 5,10 | 4,94 |
| Teesteuer ¹¹⁾ | 0,36 | 0,36 | 0,34 | 0,34 | 0,34 | 0,36 | 0,37 | 0,36 | 0,33 |
| nachrichtlich | | | | | | | | | |
| Lohnsteuer ¹²⁾ | 968,60 | 996,10 | 1 033,30 | 1 087,10 | 918,00 | 976,10 | 1 004,10 | 1 056,80 | 950,50 |
| Sozialabgaben ¹³⁾ | 728,50 | 790,42 | 822,90 | 865,80 | 905,80 | 924,83 | 980,25 | 996,59 | 1 022,18 |

¹⁾ Steuersätze entsprechend den Anteilen von nicht belasteten Gütern und Gütern mit vollem und ermäßigtem Steuersatz am Gesamtkonsum.

²⁾ Steuersätze: 1982 bis 1988: 2 DM/100 kg
1989 bis 1990: 6,85 DM/100 kg.

³⁾ In den Jahren 1982 bis 1985 einschl. Verbrauch von Dieselmotorkraftstoff.

Steuersätze: 1982 bis 1984: 51 Pf/l (Benzin)

1985: 52,5 Pf/l (Mischsatz;
verbleites Benzin)

1986 bis 1988: 53 Pf/l (verbleites Benzin)

1989 bis 1990: 65 Pf/l (verbleites Benzin).

⁴⁾ In den Jahren 1982 bis 1985 wurde der Verbrauch von Dieselmotorkraftstoff nicht getrennt erfaßt.

Steuersätze: 1986 bis 1990: 53,25 DM/100 kg.

⁵⁾ Steuersatz: 1989 bis 1990: 2,60 DM/MWh.

⁶⁾ Tabaksteuerbelastung je Zigarette
(geschätzte Jahresdurchschnittswerte):

| | |
|---------------|-------------------|
| 1982 | 10,7 Pf/Zigarette |
| 1983 bis 1988 | 11,5 Pf/Zigarette |
| 1989 | 12,4 Pf/Zigarette |
| 1990 | 13 Pf/Zigarette. |

⁷⁾ Die Biersteuersätze unterscheiden sich für verschiedene Biersorten und sind zudem nach dem Ausstoß der Brauerei gestaffelt. Für die Berechnungen wird für die Jahre 1982 bis 1990 ein Biersteuersatz von 14,50 DM/hl angesetzt.

⁸⁾ In den Jahren 1982 bis 1985 wurden keine Verbrauchsabgaben erhoben.

Steuersatz: 1986 bis 1990: 2 550 DM/hl

Annahme: Weinbrand mit 36 % vol.

⁹⁾ Steuersätze: 1982: 2,50 DM/l (Mischsatz)
1983 bis 1990: 2,66 DM/l.

¹⁰⁾ Steuersatz: 1982 bis 1990: 4,30 DM/kg

Annahme: gerösteter, nicht entkoffeinierter Kaffee.

¹¹⁾ Steuersatz: 4,15 DM/kg.

¹²⁾ Steuerklasse III/2; Bruttomonatslohn in Höhe des Klassenmittels für die jeweiligen Jahre.

¹³⁾ Zu den unterstellten Bruttolöhnen vgl. Fußnote 12.

4. Kann die Bundesregierung die Berechnungen des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler bestätigen bzw. widerlegen, daß die Abgabenbelastung eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers im Gebiet der bisherigen Bundesrepublik Deutschland mit Lohnsteuer, Sozialabgaben und indirekten Steuern 1990 41,5 v. H. betrug und damit um mehr als 2 Prozentpunkte über der Belastung des Jahres 1980 lag (Heft 72: Steuern in Deutschland, unter B. II. 1 und Tabelle 1)?

Das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler berechnet in der zitierten Studie mit Hilfe von Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Durchschnittsbelastung je beschäftigten Arbeitnehmer mit direkten und indirekten Abgaben. Die Ermittlung der Belastung mit indirekten Steuern ist dabei entscheidend von Annahmen darüber abhängig, wer diese Steuern letztlich trägt, d. h. darüber, in welchem Umfang eine Überwälzung auf den Endverbraucher gelingt.

In den Berechnungen werden die jüngsten Ergebnisse der Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S. 14), die u. a. deutliche Veränderungen der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer zur Folge hat, noch nicht berücksichtigt. Insofern bedürfen die Berechnungen des Karl-Bräuer-Instituts einer Überarbeitung.

Unabhängig davon ist die Aussagekraft derartiger Durchschnittsberechnungen generell in Frage zu stellen, wenn daraus Schlußfolgerungen über die Wirkung der Steuerpolitik auf die individuelle Abgabenbelastung gezogen werden sollen. So wird etwa bei der Lohnsteuer im Ergebnis ein Mittelwert über alle Lohnsteuerklassen und bei den Verbrauchsteuern ein Mittelwert über alle Haushaltstypen gebildet. Dies hat zur Folge, daß Verschiebungen in der demographischen Struktur (z. B. geringere Kinderzahl, Zunahme von Single-Haushalten) die Belastungsquote selbst dann verändern würden, wenn das Steuer- und Abgaberecht konstant bliebe.

Die Studie des Karl-Bräuer-Instituts berechnet somit nicht die Abgabenbelastung eines durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmers in Abhängigkeit von Familienstand und Kinderzahl, sondern ermittelt die Abgabenbelastung eines fiktiven Durchschnittsverdieners, dessen Belastung sich als gewichtetes Mittel aus der Belastung aller Haushaltstypen ergibt.

5. Kann die Bundesregierung ferner bestätigen oder widerlegen, daß nach der gleichen Berechnung die Durchschnittsbelastung im Gebiet der bisherigen Bundesrepublik Deutschland bei unverändertem Steuerrecht 1992 auf 42,6 v. H. und bis 1994 voraussichtlich auf 43,6 v. H. anwachsen wird und unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen die Durchschnittsbelastung 1992 sogar auf 44 v. H. und bis 1994 auf 45,2 v. H. ansteigen wird?

Die Ausführungen in der Antwort zu Frage C.4 bezüglich der Aussagefähigkeit der durch das Karl-Bräuer-Institut angestellten Berechnungen gelten auch hin-

sichtlich der Schätzungen für die Abgabenbelastung in den Jahren 1992 bis 1994.

Die in der zitierten Studie genannten Zahlen für diese Jahre ergeben sich aus den zugrunde gelegten Annahmen und aus den in die Berechnungen einbezogenen zukünftigen Steuerrechtsänderungen. Dabei werden wichtige entlastende Maßnahmen wie die zum 1. Januar 1992 vorgesehene Verbesserung des Familienlastenausgleichs mit Anhebung des Kinderfreibetrags auf 4 104 DM nicht berücksichtigt, was zu einer Überschätzung der Abgabenquote in den kommenden Jahren führt.

6. Kann die Bundesregierung die Berechnungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung bestätigen oder widerlegen, wonach durch das Steuerpaket 1986/1990 und die jetzt beabsichtigten Steuer- und Abgabenerhöhungen die untere Hälfte der Gesamtheit der Lohnsteuerpflichtigen mit bis zu 45 000 DM Jahreseinkommen im Saldo belastet wird, während die oberen 15 Prozent mit Jahreseinkommen von über 80 000 DM deutlich entlastet werden (DIW-Wochenbericht Nr. 14/91, Seiten 178 ff.)?

Die in der Frage angesprochene Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt infolge schwerer methodischer Fehler zu falschen Ergebnissen in bezug auf die Belastung der Lohnsteuerpflichtigen durch die beschlossenen Anhebungen von Steuern und Sozialabgaben.

Ein grundsätzlicher Fehler des DIW-Ansatzes besteht darin, daß Belastungsvolumina für verschiedene Zeiträume einfach addiert werden. Da für jede Einzelmaßnahme die Mehrbelastungen in den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit berechnet werden, wird etwa beim Solidaritätszuschlag der Zeitraum vom 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 erfaßt, bei der Tabaksteuer hingegen der Zeitraum vom 1. März 1992 bis 28. Februar 1993.

Belastungsrechnungen können jedoch methodisch einwandfrei nur für einen bestimmten Zeitraum, im Regelfall ein Kalenderjahr, durchgeführt werden. Die Vorgehensweise des DIW hat zur Folge, daß die Mehrbelastung durch höhere Steuern und Abgaben deutlich zu hoch ausgewiesen wird.

Außerdem werden in der DIW-Rechnung wichtige entlastende Maßnahmen wie die Anhebung des Kinderfreibetrags zum 1. Januar 1992 nicht berücksichtigt.

Diese fehlerhafte Ausgangsbasis hat zur Folge, daß auch die Verteilungswirkungen der Steuer- und Abgabenerhöhungen unzutreffend berechnet werden.

D. Zu der geplanten Ergänzungsabgabe ohne Einkommensgrenze

1. Wie hoch ist bzw. schätzt die Bundesregierung die Zahl der Arbeitnehmer im Bundesgebiet insgesamt sowie getrennt nach alten und neuen Bundesländern, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil der Arbeitnehmer, die nach den Plänen der Bundesregierung ab Juli 1991 von ihrem laufenden Arbeitslohn die neue Ergänzungsabgabe zahlen müssen?

Die gewünschten Angaben sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

Dabei ist zu beachten, daß etwa 97 v. H. des Aufkommens aus dem Solidaritätszuschlag in den alten Bundesländern und 3 v. H. in den neuen Bundesländern anfallen.

Zahl der Arbeitnehmer 1991

| | alte Länder | neue Länder | insgesamt |
|---|-------------|-------------------------|------------|
| Zahl der Arbeitnehmer | 25,95 Mio. | 6,81 Mio. ^{*)} | 32,76 Mio. |
| davon mit Solidaritätszuschlag belastet | 21,2 Mio. | 5,0 Mio. ^{*)} | 26,2 Mio. |

^{*)} Einschließlich 0,2 Mio. Pendler.

2. Ab welchem monatlichen Bruttoarbeitslohn müssen Arbeitnehmer die von der Bundesregierung geplante Ergänzungsabgabe zahlen,
 - a) wenn sie ledig sind und in der Steuerklasse I/0 besteuert werden,
 - b) verheiratet sind und in der Steuerklasse III/0 besteuert werden,
 - c) verheiratet sind und in der Steuerklasse IV/0 besteuert werden (beide Ehegatten berufstätig),
 - d) als mitarbeitender Ehegatte in der Steuerklasse V besteuert werden,
 - e) ein zweites Arbeitsverhältnis haben und in der Steuerklasse VI besteuert werden?

Die Belastung der Arbeitnehmer durch den Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer beginnt bei den der nachstehenden Übersicht zu entnehmenden Monatsbruttolöhnen.

Beginn der Belastung der Arbeitnehmer durch den Solidaritätszuschlag auf die Lohnsteuer

| Steuerklasse | Monatsbruttolohn | |
|--------------|------------------|-------------|
| | alte Länder | neue Länder |
| I/0 | 787,66 DM | 837,66 DM |
| III/0 | 1 377,16 DM | 1 477,16 DM |
| III/2 | 1 989,16 DM | 2 089,16 DM |
| III/4 | 2 605,66 DM | 2 705,66 DM |
| IV/0 | 787,66 DM | 837,66 DM |
| V | 171,16 DM | 171,16 DM |
| VI | 4,66 DM | 4,66 DM |

3. Ab welchem jährlichen Bruttoeinkommen tritt für die vorbezeichneten Arbeitnehmer eine Pflicht zur Zahlung der neuen Ergänzungsabgabe ein, wenn für sie ein Lohnsteuer-Jahresausgleich oder eine Einkommensteuerveranlagung vorgenommen wird?

Die Belastung der Arbeitnehmer, für die ein Lohnsteuer-Jahresausgleich oder eine Einkommensteuerveranlagung vorgenommen wird, beginnt bei den der nachstehenden Übersicht zu entnehmenden Jahresbruttolöhnen.

Beginn der Belastung der Arbeitnehmer durch den Solidaritätszuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer

| Steuerklasse | Jahresbruttolohn | |
|--------------|------------------|--------------|
| | alte Länder | neue Länder |
| I/0 | 9 452,00 DM | 10 160,00 DM |
| III/0 | 16 472,00 DM | 17 942,00 DM |
| III/2 | 23 870,00 DM | 25 340,00 DM |
| III/4 | 31 268,00 DM | 32 684,00 DM |
| III/V | 18 960,00 DM | 20 374,00 DM |
| IV/IV | 18 960,00 DM | 20 374,00 DM |

4. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Lohn- und Einkommensteuerepflichtigen im Bundesgebiet (getrennt nach alten und neuen Bundesländern), die nach der Grund- oder Splittingtabelle besteuert werden, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil der Steuerpflichtigen, die die neue Ergänzungsabgabe zu zahlen haben?

Die gewünschten Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Zahl der Lohn- und Einkommensteuerepflichtigen 1991

| | alte Länder | neue Länder | insgesamt |
|--|-------------|------------------------|-----------|
| Grundtabellenfälle | 12,4 Mio. | 2,0 Mio. | 14,4 Mio. |
| Splittingtabellenfälle | 12,6 Mio. | 3,2 Mio. | 15,8 Mio. |
| insgesamt | 25,0 Mio. | 5,2 Mio. ^{*)} | 30,2 Mio. |
| davon mit Solidaritätszuschlag belastet: | | | |
| Grundtabellenfälle | 9,5 Mio. | 1,3 Mio. | 10,8 Mio. |
| Splittingtabellenfälle | 10,9 Mio. | 2,3 Mio. | 13,2 Mio. |
| insgesamt | 20,4 Mio. | 3,6 Mio. ^{*)} | 24,0 Mio. |

^{*)} Einschließlich 0,2 Mio. Pendler.

5. Wie hoch wäre der Anteil der durch die Ergänzungsabgabe betroffenen Steuerpflichtigen, wenn eine Einkommensgrenze von 60 000 bzw. 120 000 DM zu versteuerndes Einkommen bei Ledigen bzw. Verheirateten bei der Einkommensteuer und eine entsprechende Einkommensgrenze bei der Lohnsteuer eingeführt würde, und um welchen Prozentsatz würden sich hierdurch die geschätzten Steuermehreinnahmen der Ergänzungsabgabe voraussichtlich verringern?

Von der Einführung einer Ergänzungsabgabe ab einem zu versteuernden Einkommen von 60 000 DM für Ledige und 120 000 DM für Verheiratete wären 1,7 Mio. Steuerpflichtige betroffen. Das sind 7 v. H. der Steuerpflichtigen, die im Jahr 1991 Solidaritätszuschlag zahlen. Durch eine solche Ergänzungsabgabe würden sich die Steuermehreinnahmen durch den Solidaritätszuschlag um rund 60 v. H. vermindern.

E. Belastungsrechnungen

1. Welche monatliche Belastung ergibt sich nach den Berechnungen der Bundesregierung für Arbeitnehmerhaushalte mit statistischem Durchschnittsverdienst (Steuerklasse I/0, III/0 und III/2) durch die vorgesehenen Steuererhöhungen und die Anhebung der Sozialabgaben sowie die Anhebung der Telefongebühren (in Anlehnung an die Berechnungen in den BMF-Finanznachrichten Nr. 17/91 Seite 13)?

Durch die Anhebung der Mineralöl-, Versicherungs- und Tabaksteuer werden die Arbeitnehmerhaushalte in Abhängigkeit von ihren Verbrauchsgewohnheiten sehr unterschiedlich belastet. Für Arbeitnehmerhaushalte mit statistischem Durchschnittsverdienst können sich beispielsweise die in der nachstehenden Übersicht ausgewiesenen Mehrbelastungen ergeben.

In diesen Beispielrechnungen sind die entlastenden Wirkungen der Anhebung der Kilometerpauschale, der Verbesserung des Kinderlastenausgleichs zum 1. Januar 1992 und der Senkung des Arbeitnehmerbei-

trags zur Arbeitslosenversicherung um 0,25 Prozentpunkte ab Januar 1992 nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht berücksichtigt ist der Rückgang des Arbeitnehmerbeitrags zur Krankenversicherung infolge der Gesundheitsreform. Im Jahr 1991 ergibt sich hier eine jahresdurchschnittliche Absenkung um etwa 0,3 Prozentpunkte.

Die geschätzten Mehrbelastungen durch die höheren Verbrauchsteuern entstehen bei unverändertem Verbraucherverhalten. Ausweichreaktionen der Verbraucher sind jedoch vielfach möglich und aus ökologischen und gesundheitspolitischen Gründen auch erwünscht.

Zum Beispiel ergibt sich für einen durchschnittlich verdienenden Steuerpflichtigen mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2) bei dem in den nachfolgenden Übersichten angenommenen Verbrauch bei einer Verringerung der Jahresfahrleistung um etwa ein Drittel und Aufgabe des Rauchens insgesamt keine Mehrbelastung durch die erhöhten Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren.

Monatliche Mehrbelastung für Arbeitnehmerhaushalte mit statistischem Durchschnittsverdienst von 3 712 DM (1991) durch die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren

Beträge in DM

| Mehrbelastung durch | bei einem Arbeitnehmer in Steuerklasse | | |
|--|--|-------|-------|
| | I/0 | III/0 | III/2 |
| 1. Solidaritätszuschlag (ab 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 von 7,5 v. H. der Lohnsteuer) | 48,50 | 29,30 | 21,20 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer (ab 1. Juli 1991) | | | |
| – auf Benzin (bleifrei) um 22 Pf/l (Jahresfahrleistung 15 000 km, Verbrauch 9 l/100 km) | 24,80 | 24,80 | 24,80 |
| – auf Heizöl um 2,34 Pf/l (Jahresheizölverbrauch 2 000 l) | 3,90 | 3,90 | 3,90 |
| 3. Erhöhung der Versicherungssteuer (ab 1. Juli 1991 um 3 Prozentpunkte auf 10 v. H. (jährliche Versicherungsprämien 1 000 DM) | 2,50 | 2,50 | 2,50 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer (ab 1. März 1992) um effektiv 1 Pf/Zigarette (jährlicher Zigarettenverbrauch 5 400 Stück) | 4,50 | 4,50 | 4,50 |
| 5. Mehrwertsteuer (zu 2. und 4.) | 4,60 | 4,60 | 4,60 |
| 6. Anhebung der Sozialabgaben um 0,75 Prozentpunkte ab 1. April 1991 | 27,80 | 27,80 | 27,80 |
| 7. Anhebung der Telefongebühren durch Wegfall von 10 Freieinheiten | 2,30 | 2,30 | 2,30 |
| Monatliche Mehrbelastung insgesamt | 118,90 | 99,70 | 91,60 |

2. Wie hoch ist die monatliche Belastung/Entlastung laut vorstehender Frage 1, wenn auch die Steueränderungen durch die Steuerreform 1990 und die Verbrauchsteuererhöhungen 1989 in die Berechnungen einbezogen werden?

Wie in der Antwort zu Frage E.1 wird dabei von konstantem Verbraucherverhalten ausgegangen. Aufgrund von Verhaltensreaktionen (Einschränkung des Konsums der stärker belasteten Güter) ist jedoch auch eine insgesamt geringere Belastung möglich.

Die gewünschten Angaben sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

Monatliche Entlastung (–) bzw. Mehrbelastung (+) für Arbeitnehmerhaushalte mit statistischem Durchschnittsverdienst von 3 712 DM (1991) durch die Steuerreform 1990, die Verbrauchsteuererhöhung 1989 und die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren in 1991

Beträge in DM

| Entlastung (–) bzw. Mehrbelastung (+) durch | bei einem Arbeitnehmer in Steuerklasse | | |
|--|--|----------------------|----------------------|
| | I/0 | III/0 | III/2 |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 1. Steuerreform 1986 bis 1990 darunter: 3. Stufe 1990 | – 219,20 – 130,00 | – 126,10 – 106,30 | – 205,90 – 122,60 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer – auf Benzin (bleifrei) um 9 Pf/l ab 1. Januar 1989 sowie um weitere 3 Pf/l ab 1. Januar 1991 (Jahresfahrleistung 15 000 km, Verbrauch 9 l/100 km) – auf Heizöl um 4 Pf/l ab 1. Januar 1989 (Jahresheizölverbrauch 2 000 l) | + 13,50 + 6,70 | + 13,50 + 6,70 | + 13,50 + 6,70 |
| 3. Erhöhung der Versicherungsteuer (ab 1. Januar 1989) um 2 Prozentpunkte auf 7 v. H. (jährliche Versicherungs- prämien 1 000 DM) | + 1,70 | + 1,70 | + 1,70 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer (ab 1. Mai 1989) um effektiv 0,7 Pf/Zigarette (jährlicher Zigarettenverbrauch 5 400 Stück) | + 3,20 | + 3,20 | + 3,20 |
| 5. Mehrwertsteuer (zu 2. und 4.) | + 3,30 | + 3,30 | + 3,30 |
| 6. Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefon- gebühren in 1991 | + 118,90 | + 99,70 | + 91,60 |
| Entlastung (–)/Mehrbelastung (+) gegenüber Steuerrecht 1985 | – 71,90 | + 2,00 | – 85,90 |
| gegenüber Steuerrecht 1988 | + 17,30 | + 21,80 | – 2,60 |

3. Wie sehen die entsprechenden Berechnungen (Fragen 1 und 2) für Arbeitnehmerhaushalte mit
- a) zwei Drittel des statistischen Durchschnittsverdienstes,
 - b) dem Doppelten des statistischen Durchschnittsverdienstes,
 - c) dem Vierfachen des statistischen Durchschnittsverdienstes
- aus?

Arbeitnehmerhaushalte mit zwei Dritteln, dem Doppelten und dem Vierfachen des statistischen Durchschnittsverdienstes werden durch die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren in 1991 beispielsweise wie folgt zusätzlich belastet:

Monatliche Mehrbelastung für Arbeitnehmerhaushalte mit zwei Dritteln des statistischen Durchschnittsverdienstes (2 475 DM in 1991) durch die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren

Beträge in DM

| Mehrbelastung durch | bei einem Arbeitnehmer in Steuerklasse | | |
|--|--|-------|-------|
| | I/0 | III/0 | III/2 |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 1. Solidaritätszuschlag (ab 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 von 7,5 v. H. der Lohnsteuer) | 23,60 | 13,00 | 5,60 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer (ab 1. Juli 1991) | | | |
| – auf Benzin (bleifrei) um 22 Pf/l (Jahresfahrleistung 15 000 km, Verbrauch 9 l/100 km) | 24,80 | 24,80 | 24,80 |
| – auf Heizöl um 2,34 Pf/l (Jahresheizölverbrauch 2 000 l) | 3,90 | 3,90 | 3,90 |
| 3. Erhöhung der Versicherungsteuer (ab 1. Juli 1991) um 3 Prozentpunkte auf 10 v. H. (jährliche Versicherungsprämien 1 000 DM) | 2,50 | 2,50 | 2,50 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer (ab 1. März 1992) um effektiv 1 Pf/Zigarette (jährlicher Zigarettenverbrauch 5 400 Stück) | 4,50 | 4,50 | 4,50 |
| 5. Mehrwertsteuer (zu 2. und 4.) | 4,60 | 4,60 | 4,60 |
| 6. Anhebung der Sozialabgaben um 0,75 Prozentpunkte ab 1. April 1991 | 18,60 | 18,60 | 18,60 |
| 7. Anhebung der Telefongebühren durch Wegfall von 10 Freieinheiten | 2,30 | 2,30 | 2,30 |
| Monatliche Mehrbelastung insgesamt | 84,80 | 74,20 | 66,80 |

Monatliche Mehrbelastung für Arbeitnehmerhaushalte mit dem Doppelten des statistischen Durchschnittsverdienstes (7 424 DM in 1991) durch die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren

Beträge in DM

| Mehrbelastung durch | bei einem Arbeitnehmer in Steuerklasse | | |
|--|--|--------|--------|
| | I/0 | III/0 | III/2 |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 1. Solidaritätszuschlag (ab 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 von 7,5 v. H. der Lohnsteuer) | 146,30 | 100,70 | 90,00 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer (ab 1. Juli 1991) | | | |
| – auf Benzin (bleifrei) um 22 Pf/l (Jahresfahrleistung 20 000 km, Verbrauch 10 l/100 km) | 36,70 | 36,70 | 36,70 |
| – auf Heizöl um 2,34 Pf/l (Jahresheizölverbrauch 3 000 l) | 5,90 | 5,90 | 5,90 |
| 3. Erhöhung der Versicherungsteuer (ab 1. Juli 1991) um 3 Prozentpunkte auf 10 v. H. (jährliche Versicherungsprämien 1 200 DM) | 3,00 | 3,00 | 3,00 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer (ab 1. März 1992) um effektiv 1 Pf/Zigarette (jährlicher Zigarettenverbrauch 7 200 Stück) | 6,00 | 6,00 | 6,00 |
| 5. Mehrwertsteuer (zu 2. und 4.) | 6,80 | 6,80 | 6,80 |
| 6. Anhebung der Sozialabgaben um 0,75 Prozentpunkte ab 1. April 1991 | 48,80 | 48,80 | 48,80 |
| 7. Anhebung der Telefongebühren durch Wegfall von 10 Freieinheiten | 2,30 | 2,30 | 2,30 |
| Monatliche Mehrbelastung insgesamt | 255,80 | 210,20 | 199,50 |

Monatliche Mehrbelastung für Arbeitnehmerhaushalte mit dem Vierfachen des statistischen Durchschnittsverdienstes (14 848 DM in 1991) durch die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren

Beträge in DM

| Mehrbelastung durch | bei einem Arbeitnehmer in Steuerklasse | | |
|--|--|--------|--------|
| | I/0 | III/0 | III/2 |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 1. Solidaritätszuschlag (ab 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 von 7,5 v. H. der Lohnsteuer) | 428,70 | 298,00 | 282,20 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer (ab 1. Juli 1991) | | | |
| – auf Benzin (bleifrei) um 22 Pf/l (Jahresfahrleistung 20 000 km, Verbrauch 10 l/100 km) | 36,70 | 36,70 | 36,70 |
| – auf Heizöl um 2,34 Pf/l (Jahresheizölverbrauch 3 000 l) | 5,90 | 5,90 | 5,90 |
| 3. Erhöhung der Versicherungsteuer (ab 1. Juli 1991) um 3 Prozentpunkte auf 10 v. H. (jährliche Versicherungsprämien 1 200 DM) | 3,00 | 3,00 | 3,00 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer (ab 1. März 1992) um effektiv 1 Pf/Zigarette (jährlicher Zigarettenverbrauch 7 200 Stück) | 6,00 | 6,00 | 6,00 |
| 5. Mehrwertsteuer (zu 2. und 4.) | 6,80 | 6,80 | 6,80 |
| 6. Anhebung der Sozialabgaben um 0,75 Prozentpunkte ab 1. April 1991 | 48,80 | 48,80 | 48,80 |
| 7. Anhebung der Telefongebühren durch Wegfall von 10 Freieinheiten | 2,30 | 2,30 | 2,30 |
| Monatliche Mehrbelastung insgesamt | 538,20 | 407,50 | 391,70 |

Unter Einbeziehung der Steuerreform 1990 und der Verbrauchsteueranhebung 1989 in die Beispielrechnungen ergeben sich für Arbeitnehmerhaushalte mit zwei Dritteln, dem Doppelten und dem Vierfachen des statistischen Durchschnittsverdienstes folgende finanzielle Auswirkungen:

Monatliche Entlastung (–) bzw. Mehrbelastung (+) für Arbeitnehmerhaushalte mit zwei Dritteln des statistischen Durchschnittsverdienstes (2 475 DM in 1991) durch die Steuerreform 1990, die Verbrauchsteuererhöhung 1989 und die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren in 1991

Beträge in DM

| Entlastung (–) bzw. Mehrbelastung (+) durch | bei einem Arbeitnehmer in Steuerklasse | | |
|--|--|--------------------|---------------------|
| | I/0 | III/0 | III/2 |
| 1. Steuerreform 1986 bis 1990 darunter: 3. Stufe 1990 | – 88,30 – 67,90 | – 96,30 – 76,50 | – 170,30 – 83,10 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer – auf Benzin (bleifrei) um 9 Pf/l ab 1. Januar 1989 sowie um weitere 3 Pf/l ab 1. Januar 1991 (Jahresfahrleistung 15 000 km, Verbrauch 9 l/100 km) – auf Heizöl um 4 Pf/l ab 1. Januar 1989 (Jahresheizölverbrauch 2 000 l) | + 13,50 + 6,70 | + 13,50 + 6,70 | + 13,50 + 6,70 |
| 3. Erhöhung der Versicherungsteuer (ab 1. Juli 1989) um 2 Prozentpunkte auf 7 v. H. (jährliche Versicherungs- prämien 1 000 DM) | + 1,70 | + 1,70 | + 1,70 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer (ab 1. Mai 1989) um effektiv 0,7 Pf/Zigarette (jährlicher Zigarettenverbrauch 5 400 Stück) | + 3,20 | + 3,20 | + 3,20 |
| 5. Mehrwertsteuer (zu 2. und 4.) | + 3,30 | + 3,30 | + 3,30 |
| 6. Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefon- gebühren in 1991 | + 84,80 | + 74,20 | + 66,80 |
| Entlastung (–)/Mehrbelastung (+) gegenüber Steuerrecht 1985 | + 24,90 | + 6,30 | – 75,10 |
| gegenüber Steuerrecht 1988 | + 45,30 | + 26,10 | + 12,10 |

Monatliche Entlastung (–) bzw. Mehrbelastung (+) für Arbeitnehmerhaushalte mit dem Doppelten des statistischen Durchschnittsverdienstes (7 424 DM in 1991) durch die Steuerreform 1990, die Verbrauchsteuererhöhung 1989 und die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren in 1991

Beträge in DM

| Entlastung (–) bzw. Mehrbelastung (+) durch | bei einem Arbeitnehmer in Steuerklasse | | |
|--|--|------------------------|------------------------|
| | I/0 | III/0 | III/2 |
| 1. Steuerreform 1986 bis 1990 darunter: 3. Stufe 1990 | – 772,60 – 472,50 | – 428,50 – 244,00 | – 478,00 – 238,20 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer – auf Benzin (bleifrei) um 9 Pf/l ab 1. Januar 1989 sowie um weitere 3 Pf/l ab 1. Januar 1991 (Jahresfahrleistung 20 000 km, Verbrauch 10 l/100 km) – auf Heizöl um 4 Pf/l ab 1. Januar 1989 (Jahresheizölverbrauch 3 000 l) | + 20,00 + 10,00 | + 20,00 + 10,00 | + 20,00 + 10,00 |
| 3. Erhöhung der Versicherungssteuer (ab 1. Juli 1989) um 2 Prozentpunkte auf 7 v. H. (jährliche Versicherungs- prämien 1 200 DM) | + 2,00 | + 2,00 | + 2,00 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer (ab 1. Mai 1989) um effektiv 0,7 Pf/Zigarette (jährlicher Zigarettenverbrauch 7 200 Stück) | + 4,20 | + 4,20 | + 4,20 |
| 5. Mehrwertsteuer (zu 2. und 4.) | + 4,80 | + 4,80 | + 4,80 |
| 6. Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefon- gebühren in 1991 | + 255,80 | + 210,20 | + 199,50 |
| Entlastung (–)/Mehrbelastung (+) gegenüber Steuerrecht 1985 | – 475,80 | – 177,30 | – 237,50 |
| gegenüber Steuerrecht 1988 | – 175,70 | + 7,20 | + 2,30 |

Monatliche Entlastung (–) bzw. Mehrbelastung (+) für Arbeitnehmerhaushalte mit dem Vierfachen des statistischen Durchschnittsverdienstes (14 848 DM in 1991) durch die Steuerreform 1990, die Verbrauchsteuererhöhung 1989 und die Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefongebühren in 1991

Beträge in DM

| Entlastung (–) bzw. Mehrbelastung (+) durch | bei einem Arbeitnehmer in Steuerklasse | | |
|--|--|------------------------|------------------------|
| | I/0 | III/0 | III/2 |
| 1. Steuerreform 1986 bis 1990 darunter: 3. Stufe 1990 | – 1 136,20 – 742,50 | – 1 521,60 – 917,80 | – 1 616,10 – 923,30 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer – auf Benzin (bleifrei) um 9 Pf/l ab 1. Januar 1989 sowie um weitere 3 Pf/l ab 1. Januar 1991 (Jahresfahrleistung 20 000 km, Verbrauch 10 l/100 km) – auf Heizöl um 4 Pf/l ab 1. Januar 1989 (Jahresheizölverbrauch 3 000 l) | + 20,00 + 10,00 | + 20,00 + 10,00 | + 20,00 + 10,00 |
| 3. Erhöhung der Versicherungssteuer (ab 1. Juli 1989) um 2 Prozentpunkte auf 7 v. H. (jährliche Versicherungs- prämien 1 200 DM) | + 2,00 | + 2,00 | + 2,00 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer (ab 1. Mai 1989) um effektiv 0,7 Pf/Zigarette (jährlicher Zigarettenverbrauch 7 200 Stück) | + 4,20 | + 4,20 | + 4,20 |
| 5. Mehrwertsteuer (zu 2. und 4.) | + 4,80 | + 4,80 | + 4,80 |
| 6. Anhebung von Steuern, Sozialabgaben und Telefon- gebühren in 1991 | + 538,20 | + 407,50 | + 391,70 |
| Entlastung (–)/Mehrbelastung (+) gegenüber Steuerrecht 1985 | – 557,00 | – 1 073,10 | – 1 183,40 |
| gegenüber Steuerrecht 1988 | – 163,30 | – 469,30 | – 490,60 |

4. Wie verändern sich die Berechnungen (Fragen 1 bis 3), wenn entsprechend den Ankündigungen der Bundesregierung mit Wirkung ab 1993 die Mehrwertsteuer um 1 bzw. 2 Prozentpunkte erhöht wird?

Angaben über den Verbrauch bezogen auf die in den Fragen E.1, E.2 und E.3 genannten Steuerpflichtigen liegen nicht vor. Fundierte Schätzungen der Mehrbelastung dieser Steuerpflichtigen durch eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes ab 1993 sind daher nicht möglich.

Vom Statistischen Bundesamt werden jedoch jährlich die Einnahmen und Ausgaben für drei Haushaltstypen ausgewertet („Wirtschaftsrechnungen“, Fachserie 15, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte). Es handelt sich um

- 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (= Haushaltstyp 1),

- 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen der alleinverdienenden Bezugsperson (= Haushaltstyp 2),

- 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (= Haushaltstyp 3).

Auf der Grundlage dieser veröffentlichten Daten lassen sich die Mehrbelastungen dieser Haushaltstypen bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuersätze schätzen.

Bei einer Erhöhung des Normalsatzes um 1 Prozentpunkt unter Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes zum 1. Januar 1993 dürften die monatlichen Mehrbelastungen folgende Größenordnungen aufweisen:

- beim Haushaltstyp 1: 8,50 DM
- beim Haushaltstyp 2: 20,00 DM
- beim Haushaltstyp 3: 28,00 DM.

Bei einer Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte wären diese Beträge zu verdoppeln.

Finanzielle Auswirkungen der seit Oktober 1982 beschlossenen Steuerrechtsänderungen

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | |
|---|--|---|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾ ³⁾ | Rechnungs- jahre ²⁾ ³⁾ |
| – in Mio. DM – | | |
| Finanzbericht 1984 | | |
| 1. Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983) vom 20. 12. 1982 | | 1987 |
| – Befristete Rücklage bei Erwerb von Betrieben, deren Fortbestand gefährdet ist | – 600 | – 445 |
| – Kappung der Vorsorgepauschale für nicht rentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer auf 2 000/4 000 DM (Led./Verh.) zuzüglich 900 DM je Kind | + 900 | + 800 |
| – Absetzbarkeit von Schuldzinsen für bestimmte Häuser und Eigentumswohnungen | – 600 ⁴⁾ | – 1 800 |
| – Einführung eines Kinderfreibetrages von 432 DM je Kind | – 1 830 | – 1 670 |
| – Halbierung der Ausbildungsfreibeträge ab 1. 1. 1984 | + 400 | + 400 |
| – Wegfall der Kinderbetreuungskosten | + 2 300 | + 2 300 |
| – Nachträgliche volle Kinderbetreuungskosten für Alleinerziehende (1980 bis 1982) | – 150 | – |
| – Wegfall von 40 v.H. in 1983 und von 50 v.H. ab 1984 der Hinzurechnung von Dauerschulden und von Dauerschuldzinsen netto bei der Gewerbesteuer | – 1 725 | – 1 725 |
| – Erhöhung der Umsatzsteuersätze zum 1. 7. 1983 auf 1½ v.H. | + 8 000 | + 9 800 |
| 2. Sechste VO über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des Investitionszulagengesetzes vom 16. 2. 1983 | – 100 | – 120 |
| Finanzbericht 1985 | | |
| 3. Gesetz zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zur Einschränkung von steuerlichen Vorteilen (Steuerentlastungsgesetz 1984) vom 22. 12. 1983 | | 1988 |
| – Ansatz des Betriebsvermögens bis 125 000 DM mit 0, darüber mit 75 v.H. | – 1 160 | – 1 270 |
| – Senkung des Vermögensteuersatzes für Körperschaften von 0,7 auf 0,6 v.H. | – 300 | – 335 |
| – Senkung der Schachtelgrenze von 25 auf 10 v.H. (§ 102 BewG) | – 210 | – 210 |
| – Sonderabschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe in Höhe von 10 v.H. für neue bewegliche Anlagegüter | – 1 000 | – 1 000 |
| – Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen | – 300 | – 300 |
| – Verlängerung der Gewährung von Sonderabschreibungen bei Schiffen und Luftfahrzeugen | – 100 | – 100 |
| – Fortgeltung der Steuervergünstigungen bei Aufwendungen für moderne Heizungstechnologien und bestimmte Fernwärmeanschlüsse | – 30 ⁴⁾ | – 135 |
| – Verdoppelung des Höchstbetrages für den Verlustrücktrag auf 10 Mio. DM | – 200 | – 140 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

4) Angabe ohne Kumulationswirkung.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | |
|---|--|---|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾ ³⁾ | Rechnungs- jahre ²⁾ ³⁾ |
| | – in Mio. DM – | |
| – Ausweitung der Begünstigung für Betriebsveräußerungen in der Land- und Forstwirtschaft | – 10 | – 10 |
| – Anhebung des erhöhten Freibetrages bei Betriebsveräußerung und -aufgabe von 60 000 DM auf 120 000 DM | – 40 | – 40 |
| – Beseitigung körperschaftsteuerlicher Nachteile bei Vorabausschüttungen und verdeckten Gewinnausschüttungen | | |
| = laufende Auswirkungen | – 15 | – 11 |
| = einmalige Auswirkungen | – 250 | – |
| – Wegfall ermäßigt belasteter Eigenkapitalanteile in der Gliederungsrechnung für das verwendbare Eigenkapital | – 10 | – 10 |
| – Übergangsweise Einbeziehung der Personenschiffahrt in den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 v.H. (§ 28 UStG) | – 10 | – 10 |
| – Einschränkung der Kfz-Steuerbefreiung für Behinderte (§ 3 Nr. 11 KraftStG) | + 100 | + 100 |
| 4. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über eine Investitionszulage für Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie (Stahlinvestitionszulagen-Änderungsgesetz) vom 22. 12. 1983 (bis 31. 12. 1985 befristete Maßnahme; Betrag für die gesamte Laufzeit) | – 863 | – |
| 5. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Vermögensbeteiligungsgesetz) vom 22. 12. 1983 | – 195 | – 690 |
| 6. Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22. 12. 1983 | – 50 | – 50 |
| 7. Siebente VO über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des Investitionszulagengesetz vom 25. 4. 1984 | mittelfristig aufkommensneutral | |
| 8. Erstes Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 29. 6. 1984 (Änderung des Durchschnittsatzes bei pauschalierenden Landwirten und Gewährung eines Kürzungsanspruchs für land- und forstwirtschaftliche Betriebe für bestimmte Umsätze – §§ 24 und 24 a UStG) | – 2 600 | – 2 950 |
| Finanzbericht 1986 | | |
| 9. Steuerbereinigungsgesetz 1985 vom 14. 12. 1984 | – 805 | 1989 – 400 |
| 10. Achte VO über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des Investitionszulagengesetzes vom 19. 12. 1984 | – 10 | – 10 |
| 11. a) Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens vom 22. 5. 1985 | ^{.5)} | – |
| b) Drittes Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 26. 3. 1985 | ^{.5)} | – |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

4) Angabe ohne Kumulationswirkung.

5) Steuersenkungen und Steuererhöhungen mit der Folge kurzfristiger Steuermehreinnahmen; mittelfristig Aufkommensneutralität vorgesehen.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | |
|--|---|-------------------------------------|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾³⁾ | Rechnungs- jahre ²⁾³⁾ |
| | – in Mio. DM – | |
| 12. Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/88) vom 26. 6. 1985 | – | – |
| A. Tarifänderung 1986/1988 | | |
| – Anhebung des Grundfreibetrages um 324/648 DM auf 4 536/9 072 DM (Led./Verh.) ab 1986 | – 2 100 | – 2 100 |
| – Absenkung der Tarifprogression ab 1968 ab 1988 | – 3 600 – 8 500 | –13 700 |
| B. Familienpolitische Maßnahmen (insbes. Erhöhung des Kinderfreibetrages von bisher 432 DM auf 2 484 DM je Kind unter Wegfall der Kinderadditive) | – 5 200 | – 5 200 |
| Finanzbericht 1987 | | |
| 13. Gesetz zur Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude und für moderne Heizungs- und Warmwasseranlagen vom 19. 12. 1985 | | 1990 |
| – Verkürzung der Abschreibungsdauer für Wirtschaftsgebäude von 50 Jahren auf 25 Jahre | – 900 ⁴⁾ | – 3 650 |
| – Anhebung der Sonderabschreibungen nach dem ZRFG für unbewegliche Wirtschaftsgüter von 40 auf 50 v.H. | – 80 | – 80 |
| – Anhebung der Investitionszulage nach dem BerlinFG auf unbewegliche Wirtschaftsgüter von 15 auf 20 v.H., bei FuE-Gebäuden von 20 auf 25 v.H. | – 20 | – 20 |
| – Wiedereinführung der Steuervergünstigung für Heizungs- und Warmwasseranlagen u. ä. (§ 82 a EStDV) | – 50 ⁴⁾ | – 300 |
| 14. Steuerbereinigungsgesetz 1985 vom 19. 12. 1985 | | |
| – Artikel 7: Änderung des Einkommsteuergesetzes | – 280 | – 280 |
| – Artikel 12: Änderung des Gesetzes über eine Investitionszulage für Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie (Finanzielle Auswirkungen sind im Gesamtbetrag der lfd. Nr. 4 enthalten) | | |
| – Artikel 14: Änderung des Umsatzsteuergesetzes Saldo | + 10 | + 10 |
| – Artikel 15: Änderung des Kapitalverkehrsteuergesetzes | – 80 | – 80 |
| 15. Änderung des Bilanzrichtlinien-Gesetzes vom 19. 12. 1985 | – 50 | – 50 |
| 16. Gesetz zur Neuregelung der steuerrechtlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums (Wohneigentumsförderungs-gesetz) vom 15. 5. 1986 | | |
| – Gleichstellung der Besteuerung von selbstgenutzten Wohnungen in Zwei- und Mehrfamilienhäusern mit selbstgenutzten Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen | + 340 | + 840 |
| – Anhebung des Förderungshöchstbetrages auf 300 000 DM für Neubauten und Erwerbe unter Einbeziehung der Grundstücke mit 50 v.H. | – 230 | – 920 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

4) Angabe ohne Kumulationswirkung.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | | |
|---|---|--------------------------------------|----------|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾ 3) | Rechnungs- jahre ²⁾ 3) | |
| | | – in Mio. DM – | |
| – Erweiterung der Begünstigung für Ausbauten bei selbstge- nutzten Häusern | – 50 | – 65 | |
| – Wegfall von § 7 b EStG für vermietete Wohnungen | + 55 | + 220 | |
| – Ausdehnung der Kinderkomponente (600 DM Abzug von Steuerschuld) auf Erstkinder | – 95 | – 380 | |
| – Wegfall der Nutzungswertbesteuerung von selbst- genutzten Wohnungen | – 100 | – 100 | |
| – Einbeziehung der Land- und Forstwirte sowie der Gewer- betreibenden und Freiberufler mit Wohnungen im Betriebsvermögen in die Neuregelung der Wohnungsbe- steuerung | – 40 | – 40 | |
| 17. Zweite Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer- DVO vom 24. 7. 1986 Verlängerung der zeitlichen Begrenzung der Fördertatbe- stände in § 82 a Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und § 82 g EStDV | – 31 | – 93 | |
| Finanzbericht 1988 | | | |
| 18. Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Zweites Ver- mögensbildungsbeteiligungsgesetz) vom 19. 12. 1986 | – 70 | 1991 – 90 | |
| 19. Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Steuer- senkungs-Erweiterungsgesetz 1988) vom 14. 7. 1987 | | | |
| – Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Einkommen- steuer um 216/432 DM (Led./Verh.) auf 4 752/9 504 DM sowie des Haushaltsfreibetrages um 216 DM | – 1 435 | – 1 440 | |
| – Weitere Abflachung der Grenzbelastung in der gesamten Progressionszone des ESt-Tarifs | – 3 000 | – 4 400 | |
| – Anhebung der Ausbildungsfreibeträge von 1 200/1 800/ 3 000 DM auf 1 800/2 400/4 200 DM und Erhöhung des anrechnungsfreien Betrages der eigenen Einkünfte des Kindes um 1 200 DM auf 3 600 DM (§ 33 a Abs. 2 EStG) | – 300 | – 300 | |
| – Verbesserung der Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe nach § 7 g EStG von 10 auf 20 v.H., verteilt auf 5 Jahre; begünstigt sind Betriebe mit einem Einheits- wert bis zu 240 000 DM (bisher 120 000 DM) | – 500 | – 500 | |
| Finanzbericht 1989 | | | |
| 20. Steuerreformgesetz vom 25. 7. 1988 | | 1991 | 1992 |
| – Tarifreform 1990 | – 31 900 | – 32 600 | – 34 500 |
| – Familienpolitische Maßnahmen | – 2 165 | – 2 165 | – 2 165 |
| – Verbesserung des Vorwegabzugs für Vorsorge- aufwendungen | – 600 | – 450 | – 600 |
| – Absenkung des Körperschaftsteuersatzes | – 2 500 | – 2 620 | – 2 620 |
| Steuerentlastungen brutto | – 37 165 | – 37 835 | – 39 885 |
| Steuernehmereinnahmen durch Abbau von Steuer- subventionen u. a. | + 18 076 | + 13 940 | + 16 400 |
| Steuerentlastungen netto | – 19 089 | – 23 895 | – 23 485 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | | |
|---|---|--------------------------------------|---------|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾ 3) | Rechnungs- jahre ²⁾ 3) | |
| | -in Mio. DM- | | |
| Finanzbericht 1990 | | | |
| 21. Gesetz über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Haushaltsbegleitgesetz 1989) vom 20. 12. 1988 | | | |
| - Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes: | | | |
| a) Aufhebung der Steuerbefreiung für Fahrzeuge zur Reinigung von Straßen, zur Abfallentsorgung u. a. (§ 3 Nr. 4 KraftStG) | + 40 | + 40 | + 40 |
| b) Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für Diesel-Pkw um 8,40 DM/100cm ³ , keine Steuerbefreiung für bestimmte Diesel-Pkw, die ab 1. 1. 1989 als schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm Stufe C anerkannt werden (§ 3 i. V. m. § 9 Abs. 1 KraftStG) | + 540 | + 660 | + 600 |
| c) Änderung der Berechnungsmethode für die Steuerfestsetzung (§ 18 KraftStG) | - 20 | - 20 | - 20 |
| - Änderung des Versicherungsteuergesetzes: Erhöhung des Steuersatzes der Versicherungsteuer für Sachversicherungen von bisher 5 auf 7 v.H. des Entgelts ab 1. 1. 1989 sowie Sonderregelung für bestimmte Reiseversicherungen | + 1 180 | + 1 280 | + 1 330 |
| - Änderung des Einkommensteuergesetzes: Änderungen bei der Kapitalertragsteuer (§§ 36, 44 b, 45 a, 49, 52 EStG) | - 50 | - 50 | - 50 |
| - Änderung des Umsatzsteuergesetzes: Verlängerung der bisher auf den 31. 12. 1988 befristeten Übergangsregelung für die Besteuerung der Personenbeförderung mit Schiffen bis zum 31. 12. 1992 (§ 28 Abs. 4 UStG) | - 10 | - 10 | - 10 |
| 22. Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen (Verbrauchsteueränderungsgesetz 1988) vom 20. 12. 1988 | | | |
| - Änderung des Mineralölsteuergesetzes: | | | |
| 1. Für bleifreies Benzin ab 1. 1. 1989 von 48 Pf/l um 9 Pf/l auf 57 Pf/l | + 1 000 | | |
| ab 1. 1. 1991 von 57 Pf/l um 3 Pf/l auf 60 Pf/l | + 720 | + 2 150 | + 2 300 |
| 2. Für verbleites Benzin ab 1. 1. 1989 von 53 Pf/l um 12 Pf/l auf 65 Pf/l | + 2 310 | | |
| ab 1. 1. 1991 von 65 Pf/l um 2 Pf/l auf 67 Pf/l | + 200 | + 1 620 | + 1 350 |
| 3. Für leichtes Heizöl ab 1. 1. 1989 von 1,66 Pf/l um 4 Pf/l auf 5,66 Pf/l | | | |
| 4. Für schweres Heizöl ab 1. 1. 1989 | | | |
| - zur Wärmeerzeugung von 1,5 Pf/kg um 1,5 Pf/kg auf 3 Pf/kg | + 1 620 | + 1 680 | + 1 650 |
| - zur Stromerzeugung von 1,5 Pf/kg um 4 Pf/kg auf 5,5 Pf/kg | | | |
| 5. Befristete Erhebung der Mineralölsteuer für Erdgas und Flüssiggas ab 1. 1. 1989 bis 31. 12. 1992 von 2,5 Pf/m ³ (Erdgas) bzw. 3,6 Pf/kg (Flüssiggas) | + 1 600 | + 1 640 | + 1 680 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | | |
|--|---|-------------------------------------|------------------|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾³⁾ | Rechnungs- jahre ²⁾³⁾ | |
| | – in Mio. DM – | | |
| 6. Beschränkung der Mineralölsteuerbefreiung für Luft- fahrthetriebsstoffe auf die gewerbliche Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrtunternehmen ab 1. 1. 1990 | + 15 | + 15 | + 15 |
| – Änderung des Tabaksteuergesetzes: Anhebung der Tabaksteuer ab 1. 5. 1989 für Zigaretten um durchschnitt- lich 6 v.H., für Feinschnitt um durchschnittlich 30 v.H., für Pfeifentabak um durchschnittlich 12,5 v.H. | + 500 | + 900 | + 1 000 |
| 23. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand vom 20. 12. 1988 | | | |
| 24. Fünftes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22. 12. 1988 | | | |
| 25. Gesetz zur Änderung des Steuerreformgesetzes 1990 sowie zur Förderung des Mietwohnungsbaus und von Arbeits- plätzen in Privathaushalten vom 30. 6. 1989 | | | |
| – Abschaffung der kleinen Kapitalertragsteuer | – 4 300 + 500 | – 4 300 + 550 | – 4 550 + 350 |
| – Verdoppelung des Sparer-Freibetrags (§ 20 Abs. 4 EStG) | – 3 800 | – 3 750 | – 4 200 |
| – Änderung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (§ 34 g EStG) | – 580 | – 650 | – 580 |
| – Verbesserung der Abschreibung für Mietwohnungen (§ 7 Abs. 5 EStG) | – 40 | – 10 | – 20 |
| | – 50 | – 90 | – 192 |
| | – 80 | – 170 | – 320 |
| | – 110 | – 306 | – 448 |
| – Anhebung der Abschreibungssätze des § 14 a Abs. 1 BerlinFG und Begünstigung von Wohnungseigentum auf einem bereits bebauten Grundstück (§ 14 a Abs. 8 – neu – BerlinFG) | – 240 | – 566 | – 960 |
| | – 2 | – 3 | – 4 |
| | – 33 | – 67 | – 81 |
| – Einführung eines Sonderausgabenabzugs zur Förderung von Arbeitsplätzen in Privathaushalten (§ 10 Abs. 1 Nr. 8 EStG) | – 35 | – 70 | – 85 |
| | – 420 | – 445 | – 430 |
| | + 195 | + 195 | + 195 |
| – Erweiterung der steuerfreien Werbungskosten- Ersatzleistungen (§ 3 Nr. 30 bis 32 EStG) | – 225 | – 250 | – 235 |
| | – 50 | – 50 | – 50 |
| Finanzbericht 1991 | | | |
| 26. Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Vereinsbe- steuerung (Vereinsförderungsgesetz) vom 18. 12. 1989 | | | |
| – zusätzlicher Spendenabzug durch Ausweitung gemein- nütziger Zwecke (einschließlich Erfassungsgrenze 60 000 DM Umsatz) | – 100 | – 120 | – 120 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | | |
|---|--|---|-------|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾ ³⁾ | Rechnungs- jahre ²⁾ ³⁾ | |
| | - in Mio. DM - | | |
| - Anhebung der Freibeträge bei der Körperschaft- und Gewerbesteuer | - 15 | - 10 | - 25 |
| - Ausdehnung der steuerfreien Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26 EStG auf nebenberufliche Pflegetätigkeiten | - 100 | - 140 | - 140 |
| - Erhöhung des Abzugssatzes zur Förderung mildtätiger Zwecke von 5 v.H. auf 10 v.H. des Gesamtbetrages der Einkünfte (§ 10 b EStG und § 9 Nr. 3 KStG) | - 140 | - 160 | - 175 |
| 27. Gesetz zur steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus und zur Ergänzung des Steuerreformgesetzes 1990 (Wohnungsbauförderungsgesetz – WoBauFG) vom 22. 12. 1989 | | | |
| - Aufhebung der 50%-Grenze in § 3 b Abs. 3 EStG (Zuschläge für Nachtarbeit) | - 30 | - 30 | - 30 |
| - Anhebung der Wertgrenze für Werbegeschenke von 50 DM auf 75 DM (§ 4 Abs. 5 Nr. 1 EStG) | - 50 | - 45 | - 75 |
| - Verlängerung der Wiederanlagefrist in § 6 b EStG auf vier Jahre und bei Gebäuden auf sechs Jahre | - 90 | - | - |
| - Erhöhte steuerliche Absetzungen bei Schaffung neuer Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden (§ 7 c EStG) (Bauantrag nach dem 2. 10. 1989) | - 150 | - 265 | - 450 |
| - Erhöhte Absetzungen für Wohnungen mit Sozialbindung (§ 7 k EStG) (Bauantrag nach dem 28. 2. 1989) | - 75 | - 175 | - 275 |
| - Erhöhte Absetzungen für Wohnungen in Berlin (§§ 14 a Abs. 8, 14 c, 14 d BerlinFG) | - 30 | - 45 | - 65 |
| - Erhöhung der Obergrenze beim Realsplitting von 18 000 DM auf 27 000 DM (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG) | - 10 | - 16 | - 10 |
| - 15%-Pauschbesteuerung für Fahrtkostenzuschüsse für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (§ 40 Abs. 2 EStG) | - 60 | - 50 | - 80 |
| - Erweiterung der Lohnsteuer-Pauschalierung nach § 40 b EStG mit einem Pauschsteuersatz von 15 v.H. für Beiträge zu Gruppenunfallversicherungen bis 120 DM jährlich je Arbeitnehmer | - 60 | - 60 | - 60 |
| - Gewerbekapitalsteuerfreiheit für Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr (§ 12 Abs. 4 Nr. 1 GewStG) | - 10 | - 10 | - 12 |
| - Jubiläumsrückstellungen im Bewertungsrecht entsprechend Neuregelung bei der Einkommensteuer (§§ 103 a, 109 Abs. 4 BewG) | - 10 | - | - |
| - Übernahme der Lifo-Methode in das Bewertungsrecht (§ 11 Abs. 2 und § 109 Abs. 4 BewG) | - 50 | - 30 | - 80 |
| 28. Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung schadstoffarmer Personenkraftwagen vom 22. 12. 1989 | - 139 | - 139 | - 236 |
| 29. Gesetz zur Verbesserung der Finanzmärkte (Finanzmarktförderungsgesetz) vom 22. 2. 1990 | | | |
| - Aufhebung der Börsenumsatzsteuer ab 1991 | - 800 | - 800 | - 825 |
| - Aufhebung der Gesellschaftsteuer ab 1992 | - 260 | - | - 530 |
| - Aufhebung der Wechselsteuer ab 1992 | - 145 | - | - 310 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | | |
|---|---|-------------------------------------|-------|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾³⁾ | Rechnungs- jahre ²⁾³⁾ | |
| | | – in Mio. DM – | |
| 30. Zweites Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 30. 3. 1990 | | | |
| – Stufenweise Einbeziehung der Deutschen Bundespost TELEKOM in die Umsatzsteuer (ab 1. 7. 1990) | + 70 | + 35 | + 70 |
| – Besteuerung der Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (ab 1. 1. 1991) | + 20 | – | + 20 |
| – Einführung einer Differenzbesteuerung für Umsätze mit gebrauchten Kraftfahrzeugen (ab 1. 7. 1990) | – 320 | – 200 | – 500 |
| 31. Gesetz über Gebühren für die Benutzung von Bundesfernstraßen mit schweren Lastfahrzeugen vom 30. 4. 1990 | | | |
| – Senkung der Kraftfahrzeugsteuer ⁶⁾ (Betrag für 8 Monate) | – 704 | – | – |
| 32. Gesetz zu dem Vertrag vom 18. 5. 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. 6. 1990 | | | |
| Artikel 9 Nr. 12: Bis 31. 3. 1991 befristeter USt-Kürzungsanspruch bei Erwerb von Gegenständen aus der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost): (vom 1. 7. 1990–31. 12. 1990 = 11 v.H.) (vom 1. 1. 1991–31. 3. 1991 = 6 v.H.) (§ 26 Abs. 4 UStG) | – 700 | – 100 | – |
| 33. Gesetz zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR-Investitionsgesetz) vom 26. 6. 1990 | | | |
| – Steuerfreie Rücklage bei Überführung bestimmter Wirtschaftsgüter in eine Kapitalgesellschaft | – 35 | – 29 | – 34 |
| – Steuerfreie Rücklagen bei Anlaufverlusten von Tochtergesellschaften | – 300 | – 630 | – 790 |
| – Berücksichtigung von Verlusten aus einer Betriebsstätte (§ 2 a Abs. 5 und Abs. 6 EStG) | – 270 | – 215 | – 265 |
| – Berücksichtigung von Verlusten aus Einkünften aus Vermietung und Verpachtung (§ 2 a Abs. 6 EStG) | – 100 | – 80 | – 100 |
| 34. Gesetz zur Förderung von Kunst, Kultur und Stiftungen sowie zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften (Kultur- und Stiftungsförderungsgesetz) vom 13. 12. 1990 | | | |
| – Ausdehnung des sog. „Übungsleiterfreibetrags“ auf Nebentätigkeiten im künstlerischen Bereich (§ 3 Nr. 26 EStG) | – 25 | – | – 35 |
| – Begrenzter Sonderausgabenabzug des Schulgeldes für private Schulen (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG) | – 10 | – | – 2 |
| – Verteilung des Abzugs von Großspenden, insbesondere Stiftungsdotationen auf bis zu 8 Jahren (§ 10 b EStG, § 9 Nr. 3 KStG) | – 30 | – 3 | – 15 |
| – Ausdehnung des Abzugs auf alle Spenden im Sinne des § 10 b Abs. 1 EStG (§ 8 Nr. 9 u. § 9 Nr. 5 GewStG) | – 99 | – | – 14 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

4) Angabe ohne Kumulationswirkung.

5) Steuersenkungen und Steuererhöhungen mit der Folge kurzfristiger Steuermehreinnahmen; mittelfristig Aufkommensneutralität vorgesehen.

6) Abweichungen zum jeweiligen Finanzbericht wegen aktueller Ergebnisse.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | | |
|--|--|---|---------|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾ ³⁾ | Rechnungs- jahre ²⁾ ³⁾ | |
| | – in Mio. DM – | | |
| – Vermögensteuerfreistellung von Kunstgegenständen, die der Allgemeinheit durch Verfügungsstellen zu Ausstellungszwecken zugänglich gemacht werden (§ 101 Nr. 5, § 110 Abs. 1 Nr. 12 BewG) | – 10 | – | – 20 |
| – Erbschaftsteuerbefreiung von Erben und Vermächtnisnehmern für Zuwendungen des Erworbenen an eine gemeinnützige Stiftung, die wissenschaftlichen oder kulturellen Zwecken dient, innerhalb eines Jahres (§ 29 ErbStG) | – 5 | – 5 | – 5 |
| 35. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Bausparkassen vom 13. 12. 1990 | | | |
| – Steuerliche Freistellung einer Rückstellung für Mehrerträge der Zustellungsreserve | – 50 | – 40 | – 40 |
| 36. Gesetz zur steuerlichen Förderung besonders schadstoffarmer Pkw mit Dieselmotor vom 19. 12. 1990 | – 12 | – 12 | – 19 |
| Finanzbericht 1992 (Entwurf) | | | |
| 37. Gesetz zur Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1991) vom 24. 06. 1991 | | | |
| Artikel 1: Änderungen des Einkommensteuergesetzes | | | |
| – Verlängerung der Gewährung von erhöhten Absetzungen für neue Wohnungen mit Sozialbindung (§ 7 k Abs. 2 Nr. 2 EStG) | – 25 | – | – |
| – Anhebung der Kilometerpauschale von 50 Pf auf 65 Pf (für VZ 1991 von 50 Pf auf 58 Pf) (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 EStG) | – 1 100 | – 200 | – 1 000 |
| – Anhebung der Höchstgrenze für den Abzugsbetrag bei eigengenutztem Wohneigentum von 15 000 DM auf 16 500 DM (§ 10 e Abs. 1 EStG) | – 100 | – 80 | – 200 |
| – Möglichkeit der Inanspruchnahme von § 10 e EStG für ein weiteres Objekt im Beitrittsgebiet auch nach Objektverbrauch (§ 10 e Abs. 4 Sätze 4 bis 7 EStG) | – 65 | – 52 | – 130 |
| – Anhebung der Altersgrenze für uneingeschränkt berücksichtigungsfähige Kinder von 16 auf 18 Jahre ab Veranlagungszeitraum 1992 (§§ 32 und 33 c EStG) | – 45 | – | – 40 |
| – Tariffreibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer von 600/1 200 DM für Steuerpflichtige mit Wohnsitz oder Erwerbstätigkeit im Beitrittsgebiet, bis zum 31. 12. 1993 befristet (§ 32 Abs. 8 EStG) | – 800 | – 660 | – 1 000 |
| – Anhebung des Baukindergeldes von 750 DM auf 1 000 DM (§ 34 f EStG) | – 75 | – 60 | – 150 |
| – Berücksichtigung negativer Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung im Lohnsteuerermäßigungsverfahren bei Inanspruchnahme erhöhter Abschreibungen (§ 37 Abs. 3 und § 39 a Abs. 1 Nr. 2 und 5 EStG) | Saldo 0 | – 100 | – 110 |
| – Sondervorschriften zum Abzug des Kinderfreibetrags für die Veranlagungszeiträume 1983 bis 1985 (§ 54 EStG) | – 100 | – 20 | – 80 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

| Rechtsänderung | Steuermehr- (+) bzw. Steuer- mindereinnahmen (-) | | |
|---|---|--------------------------------------|----------|
| | jeweiliges Entstehungs- jahr ¹⁾ 3) | Rechnungs- jahre ²⁾ 3) | |
| | – in Mio. DM – | | |
| Artikel 3: Änderungen des Gewerbesteuergesetzes | | | |
| – Staffelung der Meßzahl nach dem Gewerbeertrag für Einzel- unternehmer und Personengesellschaften mit Sitz der Geschäftsleitung im Beitrittsgebiet (§ 11 Abs. 2 GewStG) | – 70 | – 90 | – 70 |
| – Nichterhebung der Gewerbekapitalsteuer im Beitritts- gebiet in 1991 und 1992 (§ 37 Nr. 1 bis 3 GewStG i. V.m. § 136 Nr. 3 BewG) | – 90 | – 90 | – 125 |
| Artikel 4: Änderungen des Berlinförderungsgesetzes | + 9 850 | + 905 | + 4 302 |
| Artikel 5: Änderung des Zonenrandförderungsgesetzes (§ 3 ZRFG) | + 85 | – | + 70 |
| Artikel 6: Fördergebietsgesetz | – 1 850 | – 1 510 | – 1 705 |
| Artikel 7: Investitionszulagengesetz 1991; Verbesserung der Investitionszulage | – 2 200 | – | – 500 |
| Artikel 8 und 9: Nichterhebung der Vermögensteuer im Bei- trittsgebiet für die VZ 1991 und 1992 (§ 136 Nr. 3 und 4 BewG, § 24 c VStG) | – 200 | – 200 | – 300 |
| Artikel 19: Änderungen des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Saldo) | + 452 | + 212 | + 805 |
| 38. Gesetz zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung von Verbrauchsteuer- und anderen Gesetzen (Solidaritätsgesetz) vom 24. 6. 1991 | | | |
| 1. Erhebung eines Solidaritätszuschlags zur Lohn-, Einkom- men- und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 v.H. der Steuerschuld vom 1. 7. 1991 bis zum 30. 6. 1992 | + 10 900 | + 11 300 | + 10 700 |
| 2. Anhebung der Mineralölsteuer ab 1. 7. 1991 für bleifreies Benzin, verbleites Benzin, Dieselmkraftstoff und leichtes Heizöl sowie Verlängerung der Erdgassteuer über 1992 hinaus und Anhebung des Steuersatzes | + 13 100 | + 5 400 | + 13 200 |
| 3. Anhebung der Versicherungsteuer ab 1. 7. 1991 um 3 Prozentpunkte auf 10 v.H. | + 1 900 | + 700 | + 2 000 |
| 4. Anhebung der Tabaksteuer ab 1. 3. 1992 um 1 Pf/Zigarette | + 900 | – | + 750 |

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit entstehende finanzielle Auswirkungen.

2) Angaben für das jeweils letzte in den Finanzberichten des Bundesfinanzministeriums genannte Rechnungsjahr.

3) Grobe Schätzungen.

